

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ratsmitglied Kurt Lorentz
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Stephan Hellwig
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Werner Biehl
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Gerold Tholen
Beigeordneter Joachim Tjaden

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Johann Janssen

parteilos

Ratsmitglied Peter Müller

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs
Fachbereichsleitung Zentrale Dienste Peter Gniech
Stellv. Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Claudia Wachenfeld
Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Udo Weiß
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Fachbereich Finanzwirtschaft Tanjeff Paul
Geschäftsführer Wirtschaftsförderung GmbH Jürgen Janßen
Kaufm. Direktor Reinhard-Nieter-Krankenhaus Carl-Martin Köhler
Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Herr Wolfgang Ammen

vom Eigenbetrieb

Betriebsleitung Grundstücke und Gebäude Oliver Leinert
Betriebsleitung Städtische Datenverarbeitung Hubert Rüttgers
Betriebsleitung Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe Olaf Schröder

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 48

C. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 49

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|---------|---|----------------|
| 4 | Aktuelle Stunde | |
| 5.1 | Antrag Ratsherr Janssen zum Thema: "Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung (Ausländerbehörde) auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um Abschiebungen in den Kosovo von Roma, Sinti und Aschkali zu verhindern" | |
| 5.2 | Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zum Thema: "Kastrations- und Kennzeichnungsgebot für freilaufende Katzen" | |
| 5.3 | Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen auf Reduzierung der Wahlbereiche | |
| 5.4 | Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen auf Änderung Entschädigungssatzung | |
| 5.5 | Antrag der SPD-Fraktion auf Vorlage eines Konzeptes zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund | |
| 5.6 | Antrag der SPD-Fraktion auf Vorlage eines Konzeptes zum Ziel, nicht arbeitsmarktfähige Langzeitarbeitslose in einem kommunalen Arbeitsmarkt dauerhaft als Ersatz für ALGII-Leistungen zu beschäftigen | |
| 5.7 | Antrag der SPD-Fraktion auf Vorlage eines Konzeptes zum Ziel, dass alle Schulabsolventen in Wilhelmshaven ihre Schulpflicht mit einem qualifizierten Abschluss beenden | |
| 5.8 | Antrag der SPD-Fraktion auf Antragstellung bei der Landesschulbehörde zum Ziel der Führung von Berufsfachschulen, die Abschlüsse in anerkannten Ausbildungsberufen anarbeiten sowie auf Bereitstellung der dazugehörigen Mittel | |
| 5.9 | Verkleinerung des Rates der Stadt Wilhelmshaven um 2, 4 oder 6 Mitglieder für die Wahlperiode 2011 bis 2016 | 15/2010 |
| 5.10 | Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen auf Reduzierung der Anzahl der Ratsmitglieder | |
| 5.11 | Delegation von Befugnissen; hier: Annahme und Vermittlung von Zuwendungen gem. § 83 Abs. 4 S. 3 NGO | 56/2010 |
| 6.1.1 | Annahme einer Zuwendung im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO - Multikulturelles Kinderfest | 26/2010 |
| 6.1.2 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Absatz 4 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) im Fachbereich 50 | 31/2010 |
| 6.1.3 | Annahme einer Zuwendung (Grundplatte für Gedenkstein Wilhelm Krökel) im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO | 46/2010 |
| 6.1.4 | Annahme einer Zuwendung (Sportlerehrung 2010) im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO | 57/2010 |
| 6.1.5 | Zinssatz für die kalk. Verzinsung zum Haushalt 2011 für kostenrechnende Einrichtungen | 45/2010 |
| 6.1.6 | Landesförderung für den Eigenbetrieb Reinhard-Nieter-Krankenhaus - Sicherheitsbestellung | 23/2010 |
| 6.2.1 | Annahme einer Zuwendung im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO - Dienstfahrzeug | 38/2010 |
| 6.2.2 | Anahme von Spenden für die Freiwillige Feuerwehr in 2009 | 36/2010 |
| 6.2.3 | Grundsatzbeschluss zur Annahme von Spenden für die Freiwillige Feuerwehr | 37/2010 |
| 6.3.1 | Umsetzung des Grundsatzbeschlusses des Rates zum Schulentwicklungsplan 2007 - 2013 | 6/2010 |
| 7.1.1 | Wirtschaftsplan 2010 des RNK Eigenbetriebes | 30/2010 |
| 7.2.1 | Wirtschaftsplan WEB 2010 | 16/2010 |
| 7.3.1 | Wirtschaftsplan 2010 Eigenbetrieb Straße und Grün | 13/2010 |
| 7.4.1 | Wirtschaftsplan 2010 der „Städtischen Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ | 4/2010 |
| 7.5.1 | Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen: "Planung/Finanzierung/Erneuerung der ESV-Sportanlage" | |
| 7.5.2 | Wirtschaftsplan GGS 2010 | 18/2010 |
| 7.6.1.1 | Wirtschaftsplan 2010 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH | 49/2010 |
| 7.6.1.2 | Wirtschaftsplan 2010 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH | 50/2010 |
| 7.6.1.3 | Wirtschaftsplan 2010 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH | 51/2010 |
| 7.6.1.4 | Wirtschaftsplan 2010 der WTF Stadtwerke GmbH | 52/2010 |
| 7.6.2.1 | Änderung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) in der Stadt Wilhelmshaven | 32/2010 |
| 7.6.2.2 | Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung - Erhöhung der Hebesätze - | 33/2010 |

- | | | |
|-----------|---|----------------|
| 7.6.2.3 | Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung - Erhöhung der Steuersätze - | 34/2010 |
| 7.6.3 | 3. Nachtrag Haushalt 2009/2010 | |
| 7.6.3.1 | Neue Zuschussanträge | |
| 7.6.3.2 | Ergebnishaushalt inkl. Änderungsliste (Seite 1-4) | |
| 7.6.3.2.1 | Antrag der SPD-Fraktion auf Besetzung der Schulsozialarbeiterstellen bis zum 30.06.2010 und Bereitstellung der erforderlichen Personalkosten | |
| 7.6.3.3 | Haushaltssicherungskonzept inkl. Änderungsliste (Seite 5-11) | |
| 7.6.3.3.1 | Antrag der FDP-Fraktion: Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung | |
| 7.6.3.4 | Finanzhaushalt inkl. Änderungsliste (Seite 13) | |
| 7.6.3.4.1 | Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zum Thema "Jadeallee" | |
| 7.6.3.5 | 3. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wilhelmshaven für die Haushaltsjahre 2009/2010 einschließlich Konkretisierung des Haushaltssicherungskonzeptes | 14/2010 |
| 8.1 | Kleine Anfrage von Ratsherrn Janssen zur Anzahl der in Wilhelmshaven lebenden Roma, Sinti und Aschkali | |
| 8.2 | Kleine Anfrage von Ratsherrn Janssen zum Thema "Ausweich Räumlichkeiten während der Renovierung des Ratssaales" | |
| 8.3 | Kleine Anfrage von Ratsherrn Janssen zum Thema "Kontrolle der Gehwegreinigung" | |
| 8.4 | Kleine Anfrage von Ratsherrn Janssen zum Thema "Gewinnabführung von der Sparkasse an die Stadt" | |
| 8.5 | Kleine Anfrage der CDU-Fraktion zur Diskussion um die Privatisierung des Reinhard-Nieter-Krankenhauses | |
| 8.6 | Kleine Anfrage der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zum Thema "Banter See" | |
| 9.1 | Bericht des Unterausschusses | |
| 9.2 | Beschlussfassung über Ergebnisse und Anträge des Unterausschusses | |

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Vor Sitzungsbeginn verlas der Betriebsratsvorsitzende des Reinhard-Nieter-Krankenhauses, **Herr Klaus Bielefeld**, eine Stellungnahme im Namen der Belegschaft bezüglich des befürchteten Verkaufs des Krankenhauses und überreichte eine Unterschriftenliste mit dem Appell an den Rat der Stadt, dieses Thema nicht weiterzuverfolgen.

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung entschuldigte sich **Herr Schmidt** im Namen des Rates beim Geschäftsführer des Gorch-Fock-Hauses für die im Zusammenhang mit der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus am 15.02. entstandenen Unannehmlichkeiten.

Außerdem informierte Herr Schmidt über die geplante Mittagspause, in der Möglichkeit bestehe, auf Kosten der Stadt ein Mittagessen einzunehmen. Es stünden drei Gerichte zur Auswahl und sollten auf der herurgereichten Liste notiert werden.

Abschließend machte **Herr Schmidt** darauf aufmerksam, dass der Leiter des Fachbereichs „Zentrale Dienste“, Herr Peter Gniech, das letzte Mal vor seiner Verabschiedung in den Ruhestand einer Ratssitzung beiwohne und hob in einer kurzen Ansprache sein Engagement für Rat und Verwaltung hervor.

Herr Gniech dankte für die Worte und verlieh seinem Wunsch nach harmonischer Zusammenarbeit im Rat zum Wohle der Stadt Ausdruck.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Barkowsky beantragte für die SPD-Fraktion, die Anträge zu Tagesordnungspunkt 7.5.1 und 7.5.2, die sich beide mit der Erneuerung der Sportanlage des Eisenbahnersportvereines befassen, zu einem neuen Tagesordnungspunkt 7.5.1 in Form eines gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zusammenzulegen.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf **Zusammenlegung der Tagesordnungspunkte 7.5.1 und 7.5.2** zu einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen wurde **mehrheitlich angenommen**.

Ratsvorsitzender Schmidt informierte, der Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zum Thema „**Jade-Allee**“ werde von Tagesordnungspunkt 7.6.3.2.2 verschoben und als Unterpunkt zum „Finanzhaushalt inkl. Änderungsliste“ zum **neuen Tagesordnungspunkt 7.6.3.4.1**.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 16.12.2010

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 16.12.2009 lag noch nicht vor.

4 Aktuelle Stunde

Es lagen keine Beratungspunkte für eine „aktuelle Stunde“ vor.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Prof. Reuter)

5.1 Antrag Ratsherr Janssen zum Thema: "Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung (Ausländerbehörde) auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um Abschiebungen in den Kosovo von Roma, Sinti und Aschkali zu verhindern"

Herr Janssen beantragte:

„Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung (Ausländerbehörde) auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, Abschiebungen in den Kosovo von Roma, Sinti und Aschkali zu verhindern.“

Nachdem **Herr Janssen** seinen Antrag begründet hatte, appellierte **Herr Dr. Graul**, diesen Antrag nicht zu beschließen und erklärte dazu wie folgt: Die in Wilhelmshaven lebenden ausreisepflichtigen Staatsangehörigen aus der Republik Kosovo hätten die Möglichkeit gehabt, von der Bleiberechtsregelung 2006 und der späteren Altfallregelung begünstigt zu werden. Wenn diese Personen die Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltsrechtes nach der Altfallregelung nicht erfüllt haben, zeige dies leider, dass sie sich während ihres langjährigen Aufenthalts in Deutschland nicht ausreichend integriert haben.

Die Ausländerbehörden seien gesetzlich verpflichtet, den Aufenthalt ausreisepflichtiger Ausländer zwangsweise zu beenden, wenn diese ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Ausreise nicht freiwillig nachkommen. Ein Ermessen sei den Ausländerbehörden nicht eröffnet.

Die Regelungen, wer in Deutschland ein Bleiberecht erhalten kann, würden vom

Bundesgesetzgeber getroffen. Danach sei ein Bleiberecht speziell für kosovarische Staatsangehörige, gleichwelcher ethnischen Volksgruppe sie angehörten, nicht bestimmt worden. Darüber hinaus sei weder ein Abschiebestopp erlassen worden, noch beabsichtigt. Die Modalitäten für die Rückführung ausreisepflichtiger Personen aus dem Kosovo seien vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration mit den Erlassen vom 14. 04. 2009 und 17. 07. 2009 allen Ausländerbehörden in Niedersachsen übermittelt worden.

Da die kommunalen Gebietskörperschaften die ausländerbehördlichen Aufgaben im Rahmen des übertragenen Wirkungskreises weisungsgebunden ausführen und ihnen eine eigene Entscheidungskompetenz nicht obliege, habe auch das Ausländeramt der Stadt Wilhelmshaven seinen Vollzugsaufgaben bezogen auf alle ausreisepflichtigen Ausländer nachzukommen.

Herr Tjaden bezeichnete den Antrag als zwar menschlich verständlich, aber rechtlich nicht durchsetzbar. So sei ein trotz dieser bestehenden Einschränkungen gefasster Beschluss nicht durchführbar. Es verwundere ihn, dass dieser Antrag nicht von vornherein seitens der Verwaltung von der Tagesordnung gestrichen worden sei.

Herr Neumann zeigte sich hinsichtlich des Vorgehens seitens der Verwaltung erstaunt, zumal im Verwaltungsausschuss darauf hingewiesen worden sei, dass über diesen Antrag nicht beschlossen werden dürfe. Aus diesem Grunde habe man sich innerhalb der Fraktion auch nicht mit dem Antrag befasst. Ihm fehle hier ein Hinweis, dass ein Beschluss nicht gefasst werden könne.

Herr Tjaden bat um Klärung in Bezug auf das weitere Vorgehen. Sofern der Antrag nicht von der Tagesordnung genommen würde, würde diesem zugestimmt. Seiner Meinung nach müsse der Antrag seitens der Verwaltung von der Tagesordnung gestrichen werden oder mittels eines Antrages auf Nichtbefassung nicht zur Abstimmung kommen dürfen.

Herr Stoffers erklärte, dass jeder Antrag eines Ratsmitgliedes oder einer Fraktion auf die Tagesordnung genommen werden müsse. Es bestehe jedoch kein Recht auf Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Seiten der Verwaltung. Auch dürfe die Verwaltung von sich aus keinen Antrag von der Tagesordnung streichen. Wie in diesem Fall bestünde nur die Möglichkeit, den Antrag abzulehnen oder einen Antrag auf Nichtbefassung zu stellen.

Herr Janssen schlug vor, seinen Antrag durch folgenden Zusatz als Meinungsvotum zuzulassen: *„Im Wissen, dass dieser Antrag keine Rechtsgültigkeit hat, bestimmt der Rat ihn als Meinungsvotum.“* Anschließend machte Herr Janssen nochmals auf die Brisanz dieses Themas aufmerksam.

Herr Biehl beantragte die Nichtbefassung. Er wisse aus eigener langjähriger Erfahrung um die Sensibilität dieses Themas und bedaure, die Diskussion unter der Überschrift einer Nichtbefassung führen zu müssen. Er beanstande auch in diesem Fall einmal mehr das Vorgehen des Antragstellers, mit einem Antrag dem Rat eine Debatte über einen Bereich aufzuzwingen, in dem dieser keine Einflussmöglichkeiten besitze. Den Betroffenen würde mit einer solchen Diskussion kein Gefallen getan. Hier wäre eine interfraktionelle Auseinandersetzung im Vorfeld hilfreicher gewesen, als ein öffentlicher Ratsantrag, dessen Ablehnung zudem falsche Zeichen setze.

Der Antrag auf Nichtbefassung von Herrn Biehl wurde bei einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen.

5.2 Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zum Thema: "Kastrations- und Kennzeichnungsgebot für freilaufende Katzen"

Herr Tjaden beantragte:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung einer ordnungsbehördlichen Verordnung für ein Kastrations- und Kennzeichnungsgebot für freilaufende Katzen, die nicht verwildert sind, sondern sich in menschlicher Obhut befinden.“

Anschließend begründete **Herr Tjaden** seinen Antrag.

Herr Weerda signalisierte, dass seine Fraktion den Antrag aufgrund mangelnder Umsetzbarkeit ablehnen werde.

Herr Janssen erklärte seine Unterstützung und nannte das Anliegen überfällig.

Herr Dr. Graul bezog sich auf eine Stellungnahme vom Veterinäramt Jade-Weser, wonach zwar ein Handlungsbedarf bejaht werde, welcher aber eher im ländlichen Raum gesehen werde. Darüber hinaus gebe es in den Orten, in denen bereits eine solche Verordnung eingeführt worden sei, Schwierigkeiten bei deren Umsetzung. Aus Gründen der problematischen Handhabung einer solchen Verordnung empfehle er die Ablehnung des Antrages.

Herr Tjaden wendete ein, ihm gehe es lediglich darum, eine solche Verordnung zu erlassen. Selbst wenn diese nur einige wenige Freiwillige erreichen würde, halte er dies für besser, als auf diesem Gebiet gar nicht tätig zu werden. Es entstünden keine Kosten und darüber hinaus gebe es in anderen Städten trotz der bekannten Probleme ebenfalls Bestrebungen, eine derartige Verordnung zu erlassen.

Herr Biehl veranschaulichte am Beispiel der Stadt Paderborn die bereits im Vorfeld erforderlichen Vorgänge. Diese nötige ausgiebige Vorarbeit sei mit diesem Antrag nicht möglich. Er vermisse die Möglichkeit, zunächst über alle Details zu beraten bzw. informiert zu werden.

Herr Dr. von Teichman beantragte die Verweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz als zuständigen Fachausschuss.

Herr Prof. Reuter wendete ein, dieser Antrag laufe dem Vorhaben der Landesregierung, eine Entbürokratisierung zu erreichen, entgegen, da die beantragte Verordnung zu keinem Ergebnis führe. Aus diesem Grunde werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr Dr. von Teichman erklärte, er wolle die seiner Meinung nach sinnvolle Thematik in den Umweltausschuss bringen, um sich dort mit dem Thema konstruktiv auseinander zu setzen.

Der Antrag von Herrn Dr. von Teichman auf Verweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz wurde in der folgenden Abstimmung **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zum Kastrations- und Kennzeichnungsgebot für freilaufende Katzen wurde ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

5.3 Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen auf Reduzierung der Wahlbereiche

Herr Tjaden brachte einen weiteren Antrag für die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen mit nachfolgender Begründung ein:

„Finanzausschuss, Verwaltungsausschuss und der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

- Das Stadtgebiet wird für zukünftige Wahlen in nur noch 5 Wahlbereiche eingeteilt.*
- Für die Neuverteilung wird die vom Amt für Wahlen und Statistik zur Wahl des Rates 2006 vorgeschlagene Aufteilung übernommen.“*

Herr Tjaden bat abschließend, den Antrag, sofern über ihn aufgrund der geltenden Vorschriften am heutigen Tage nicht abgestimmt werden könne, auf die nächste mögliche Tagesordnung vor der Kommunalwahl aufzunehmen.

Herr Neumann bat, den Antrag zurückzuziehen. Der Antrag sei zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, da die erforderlichen Grundinformationen noch nicht zur Verfügung stünden. Zudem werde dies automatisch zur Kommunalwahl im Rat behandelt, so dass ein gesonderter Antrag ohnehin überflüssig sei.

Herr Tjaden erklärte, er werde den Antrag dennoch nicht zurückziehen.

Oberbürgermeister Menzel erläuterte die Rechtslage: Vor jeder Kommunalwahl bestimme der Rat gemäß § 7 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes die Anzahl und Abgrenzung der Wahlbereiche für das Stadtgebiet und zwar stets aufs Neue, auch wenn nichts verändert werden solle. Dieser Ratsbeschluss dürfe jedoch erst dann erfolgen, sobald der Wahltag bestimmt worden ist. Der genaue Wahltag wiederum werde durch eine Verordnung der Landesregierung etwa ein Jahr vor der Wahl bestimmt, also voraussichtlich im Herbst dieses Jahres. Derzeit gebe es demzufolge rechtlich noch keinen Bedarf für den beantragten Ratsbeschluss. Sobald jedoch der Wahltag bekannt sei, werde die Verwaltung, wie zur letzten Kommunalwahl auch, eine Beschlussvorlage mit mehreren Varianten für die Einteilung der Wahlbereiche an den Rat vorbereiten.

Herr Tjaden zog daraufhin seinen Antrag zurück. Er gab dabei zu bedenken, dass er seinen Antrag jedoch auf der Tagesordnung wünsche, sollte die Beschlussvorlage nicht rechtzeitig vorliegen.

5.4 Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen auf Änderung Entschädigungssatzung

Herr Tjaden beantragte für die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen mit nachfolgender ausführlicher Begründung:

„Der Finanzausschuss, Verwaltungsausschuss und der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

Die Satzung:

Satzung zur Regelung des Auslagenersatzes und des Verdienstausfalls für Ratsmitglieder und sonstige ehrenamtlich tätige Personen

wird wie folgt geändert: (bisherige Werte durchgestrichen)

II. Rat und Ortsrat

§ 2 –Aufwandsentschädigung

(1) Die Mitglieder des Rates der Stadt Wilhelmshaven erhalten als Auslagenersatz

mit Ausnahme der Fahrtkosten eine Aufwandsentschädigung. Diese wird monatlich nachträglich gezahlt und beträgt:

für den ersten ehrenamtlichen Vertreter oder die erste ehrenamtliche Vertreterin des Oberbürgermeisters gem. § 61 Abs. 7. NGO „1. Bürgermeister“ „1. Bürgermeisterin“

500,00 € ~~725,00 €~~ mtl.

für den zweiten ehrenamtlichen Vertreter oder die zweite ehrenamtliche Vertreterin des Oberbürgermeisters gem. § 61 Abs. 6 NGO „2. Bürgermeister“

„2. Bürgermeisterin“ 450,00 € ~~590,00 €~~ mtl.

für die Fraktionsvorsitzenden sowie Gruppensprecher und -sprecherinnen je angefangene 5 Ratsmitglieder in der Fraktion/Gruppe 100,00 Euro ~~170,00 Euro~~ mindestens jedoch mtl. 300 € ~~429,00 €~~ mtl.

Die übrigen Ratsmitglieder erhalten 150,00 € ~~250,00 €~~ mtl.

daneben ein Sitzungsgeld von je 13,00 €

Das Sitzungsgeld wird gezahlt für die Teilnahme an

a) Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses, der Ausschüsse sowie der vom Rat eingesetzten Beiräte

b) Sitzungen von Organisationen und Einrichtungen, an denen vom Rat oder Verwaltungsausschuss entsandte Vertreterinnen oder Vertreter teilnehmen, soweit das Ratsmitglied nicht anderweitig Anspruch auf Sitzungsgeld oder Verdienstausschlag hat

c) für nachgewiesene Fraktions- bzw. Gruppensitzungen, die der Vorbereitung von Ratssitzungen dienen.

Stehen oben genannte Ansprüche in Konkurrenz zueinander, wird nur die jeweils höhere Aufwandsentschädigung gezahlt.

(2) Die Mitglieder des Ortsrates Sengwarden erhalten zum Ersatz aller Auslagen eine Aufwandsentschädigung. Diese wird monatlich nachträglich gezahlt und beträgt

für den Ortsbürgermeister /die Ortsbürgermeisterin 150,00 Euro ~~250,00 €~~ mtl.

für den stellvertretenden / die stellvertretende Ortsbürgermeister/in 100,00 € ~~125,00 €~~ mtl.

Die übrigen Ortsratsmitglieder erhalten 30,00 Euro ~~55,00 €~~ mtl.

daneben ein Sitzungsgeld von je 13,00 € für die Teilnahme an Sitzungen des Ortsrates.“

Herr Weerda bezeichnete den Antrag als populistisch und signalisierte die Ablehnung dieses Antrages für die CDU-Fraktion.

Herr Tjaden verwahrte sich gegen den Vorwurf des Populismus. Auch der Rat müsse auf die leeren Stadtkassen reagieren und seinerseits „Flagge zeigen“. Es dürfe nicht nur dem Bürger in die Tasche gegriffen werden, ebenso solle der Rat im eigenen Bereich zum Sparen bereit sein.

Herr Biehl zeigte das Verhältnis von Aufwandsentschädigung zu tatsächlicher Arbeit im Rat auf. Bei der derzeitigen Höhe könne man schon nicht mehr von „Auslagenersatz“ sprechen. Zudem halte er es für falsch, die Kürzung mit der gesunkenen Einwohnerzahl zu begründen. Auch wenn die Zahl der Einwohner der

Stadt sinke, vermindere sich der Arbeitsaufwand für die einzelnen Ratsmitglieder noch lange nicht. Er habe wohl Verständnis für den Hintergrund des Antrags, könne diesem aus den genannten Gründen jedoch nicht zustimmen.

Herr Harms schlug Herrn Tjaden vor, mit gutem Beispiel voran zu gehen und von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, freiwillig auf die Entschädigung zu verzichten.

Herr Westerman erklärte, auch wenn es sich um ein zeitaufwendiges Ehrenamt handele, so werde dies zum Wohl der Bürger gern wahrgenommen. Es sollte sich daher auch nichts an der Höhe der Entschädigungen ändern. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehne den Antrag daher ebenfalls ab.

Frau Bauermeister stellte den Geschäftsordnungsantrag auf *Schluss der Debatte*.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Der Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen auf Änderung der Entschädigungssatzung wurde daraufhin mehrheitlich abgelehnt.

5.5 Antrag der SPD-Fraktion auf Vorlage eines Konzeptes zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Nach einer ausführlichen Stellungnahme zur Höhe der Sozialausgaben beantragte **Herr Neumann** für die SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt:

Unter Beteiligung aller nötigen Organisationseinheiten (z. B. VHS, Ausländerbehörde, Migrationsberatung) bis zu den Klausurberatungen zum Haushalt 2011 eine beratungsfähige Vorlage mit dem Ziel zu erstellen, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft und besonders in den Arbeitsmarkt zu verbessern.

Dabei soll die Verbesserung der Sprachkompetenz ein wichtiges Ziel sein, denn ohne das Beherrschen der Sprache ist die Integration nur eine Worthölse.

Bestandteile des Konzeptes sollen sein:

1. Beschreibung der Zielgruppe und Benennung deren Größe
2. Benennung der konkret notwendigen Maßnahmen
3. Betriebswirtschaftliche Kosten- und Nutzenbetrachtung
4. Darstellung der Auswirkungen auf den Haushalt
5. Darstellung der Organisation innerhalb der Verwaltung.

Frau Klee signalisierte die Zustimmung der CDU-Fraktion; zudem sei eine Bestandsaufnahme der bisher vorhandenen Angebote und Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wünschenswert.

Herr Janssen nannte das Vorhaben als generell nicht verkehrt, dennoch wolle er darauf hinweisen, dass in diesem Bereich bereits viel zur Integration unternommen werde. Er halte den Antrag für eher oberflächlich. Zudem habe er seitens der SPD derartige Vorschläge zu einem viel früheren Zeitpunkt erwartet.

Herr Biehl bezeichnete den Antrag als verspätet: Im Laufe der letzten Jahrzehnte habe es zahlreiche Vorstöße seitens EU und Bund gegeben, um entsprechende Programme und Förderungen zu finanzieren, letztendlich sei dies jedoch immer an den Kommunen hängen geblieben. Trotz der „Verspätung“ halte auch seine Fraktion diesen Antrag für sinnvoll.

Herr Dr. von Teichman verwies auf frühere Aussagen seinerseits hinsichtlich der Höhe der Sozialausgaben. Insofern begrüße auch die FDP-Fraktion diese Initiative.

Er stimme dennoch auch den Herren Biehl und Janssen dahingehend zu, dass weitere Informationen bezüglich dieses Themas benötigt würden. Von daher sehe er den heutigen Antrag als Grundsatzbeschluss. Er zeige sich insgesamt erfreut, dass diese Thematik nun endlich einmal in den Vordergrund trete.

Herr Tjaden merkte an, es werde in diesem Bereich zwar schon viel getan, doch dies sei seiner Meinung nach noch nicht ausreichend. Auch wenn weitere Maßnahmen zunächst weitere Ausgaben bedeuteten, stünde diesen dennoch ein möglicher Nutzen gegenüber. Trotz der von Herrn Biehl dargelegten scheinbaren Verspätung bedeute der Antrag trotzdem eine Bewegung in dieser Angelegenheit und zeige Verbesserungsmöglichkeiten auf.

Frau Aljets erinnerte in diesem Zusammenhang an den Ausländerbeirat, der bereits 1982 für die im Antrag genannten Ziele gegründet worden sei. Nach dessen bedauerlicher Auflösung sei es umso besser, dass die Thematik wieder aufgenommen werde.

Oberbürgermeister Menzel mahnte, der Rat begeben sich hier in Zuständigkeiten hinein, die weit über die der Stadt hinausgingen. So bitte er bei der weiteren Diskussion zu beachten, dass es sich um eine Ausweitung der freiwilligen Aufgaben handle, die wiederum weitere Kosten nach sich ziehe und damit den Einsparbemühungen entgegenstehe. Sofern den vorliegenden Anträgen zugestimmt werde, werde die Verwaltung eine Aufstellung über die Auswirkungen für die Zukunft erarbeiten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

5.6 Antrag der SPD-Fraktion auf Vorlage eines Konzeptes zum Ziel, nicht arbeitsmarktfähige Langzeitarbeitslose in einem kommunalen Arbeitsmarkt dauerhaft als Ersatz für ALGII-Leistungen zu beschäftigen

Herr Neumann beantragte für die SPD-Fraktion:

2. Antrag

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, unter Beteiligung aller nötigen Organisationseinheiten (z.B. Jobcenter, GAQ, Jugendamt, VHS, BeKA) bis zu den Klausurberatungen zum Haushalt 2011 eine beratungsfähige Vorlage mit dem Ziel zu erstellen, nicht arbeitsmarktfähige Langzeitarbeitslose in einem kommunalen Arbeitsmarkt dauerhaft als Ersatz für ALG II-Leistungen zu beschäftigen.

Zielgruppe sind Langzeitarbeitslose, die aufgrund von Ausbildungsdefiziten auch bei sich verbessernder Konjunktur keine Chance auf dauerhafte Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt haben.

Die Beschäftigung kann beispielsweise in den Bereichen Grünpflege, Straßenunterhaltung, Radwegesanierung, Reinigungsdienst erfolgen.

Bestandteile des Konzeptes sollen sein:

1. Benennung der konkret notwendigen Maßnahmen
2. Beschreibung der Zielgruppe und Benennung deren Größe
3. Betriebswirtschaftliche Kosten- und Nutzenbetrachtung
4. Volkswirtschaftliche Kosten- und Nutzenbetrachtung
5. Darstellung der Auswirkungen auf den Haushalt
6. Darstellung der Organisation innerhalb der Verwaltung.

Herr Janssen bat um nähere Ausführungen, was unter einem „kommunalen Arbeitsmarkt“ zu verstehen sei und welche Löhne vorgesehen seien. Er stehe dem Antrag insgesamt skeptisch gegenüber.

Herr Dr. von Teichman erklärte, die FDP-Fraktion könne einen zusätzlichen, kommunal finanzierten Arbeitsmarkt nicht akzeptieren. Zudem seien bereits die so genannten Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen eingestellt worden, da diese keine bessere Integration in den ersten Arbeitsmarkt gewährleisteten. Die Wiederbelebung derartiger Maßnahmen auf kommunaler Ebene halte er daher für ebenso wenig sinnvoll. Desweiteren sehe er die Zuständigkeit der Stadt auf diesem Gebiet nicht gegeben, das Thema falle vielmehr in den Zuständigkeitsbereich der Arbeitsagentur. Die Umsetzung des Antrages bedeute den Aufbau zusätzlicher Bürokratie, die so nicht akzeptiert werden könne. Aus diesem Grunde stelle die FDP-Fraktion einen **Änderungsantrag** gestellt, der wie folgt lautet:

„Die Absätze 1-3 werden gestrichen.

Setze: Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Vorschläge zu erarbeiten, um Langzeitarbeitslose wieder in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren.“

Die FDP-Fraktion halte es für wesentlich wichtiger, den ersten Arbeitsmarkt wieder zu beleben.

Herr Neumann erläuterte in Richtung Herrn Janssen, dass unter einem „kommunalen Arbeitsmarkt“ ein solcher zu verstehen sei, der von der Kommune organisiert werde. Zudem gehe es nicht vorrangig um die Frage der Entlohnung, sondern zunächst um die Sammlung von Grundinformationen seitens der Verwaltung. Er halte außerdem eine kommunale Beteiligung für eine mögliche Verbesserung der derzeitigen Situation für angebracht.

Herr Felbier machte die Ablehnung des Antrages seitens der CDU-Fraktion deutlich. Auch dort sehe man die Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit. Zudem fehle es an Beschäftigungsmöglichkeiten für die Betroffenen, sollte der erste Arbeitsmarkt durch derartige Maßnahmen nicht noch weiter eingeschränkt werden. Anhand eines Zahlenbeispiels veranschaulichte Herr Felbier die möglichen Folgekosten in Form von Arbeitslöhnen für diese Beschäftigten. Ebenso sehe er die Beurteilung bzw. Entscheidung über das Kriterium „nicht mehr vermittelbar“ als problematisch an. Hier müsse der Arbeitsmarktpolitik des Bundes vertraut werden. Die Stadt könne sich ein solches Vorhaben zum einen nicht leisten; zum anderen könne die Politik keine Arbeitsplätze schaffen. Dies könne nur von Seiten der Wirtschaft erfolgen.

Herr Biehl merkte an, dass auf dem ersten Arbeitsmarkt immer mehr Stellen aufgrund mangelnder Qualifikation nicht besetzt werden könnten, also immer mehr Personen auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht mehr einsetzbar seien. Für diese bedürfe es einer Alternative. Ihm fehle es ebenfalls an einer Definition, ab wann jemand als „langzeitarbeitslos“ gelte. Er wolle sich hier jedoch nicht mehr auf die Bundesebene verlassen, da seiner Meinung nach letztendlich die Kommunen die Versäumnisse des Bundes auffangen müssten. So sehe er es als durchaus richtig an, direkt an der Basis tätig zu werden, nicht zuletzt in Bezug auf die Betroffenen selbst. Er könne sich vorstellen, dass viele der Langzeitarbeitslosen froh wären, überhaupt einer Tätigkeit nachgehen zu können.

Herr Neumann nannte als Beispiele für den Einsatz auf kommunaler Ebene die Bereiche Grünpflege und Radwegeunterhaltung. Es gebe darüber hinaus viele Aufgaben, die die Stadt zu erledigen habe, aber nicht zahlen könne. Eine Vollbeschäftigung im klassischen Sinne werde es ohnehin nicht mehr geben. Auch die Bundesregierung könne diese Entwicklung nicht rückgängig machen oder verbessern. Dem wachsenden Anteil von Erwerbslosen müsse aber dringend mit entsprechenden Maßnahmen, wie Qualifizierung und alternative Beschäftigungsmöglichkeiten, entgegengewirkt werden. Für ihn sei schon viel

erreicht, sofern mit dem Antrag einige Denkanstöße vermittelt werden könnten.

Herr Tjaden stimmte den Ausführungen von Herrn Biehl zu. Es gehe zunächst einmal nicht um Details oder Finanzen, sondern darum, Ideen zu sammeln. Er zeige sich optimistisch, dass hier ein aussagekräftiges Konzept zustande komme. Insofern werde seine Fraktion dem Antrag gern zustimmen.

Herr Ender betonte, dass der erste Arbeitsmarkt immer weiter schrumpfe und im Gegenzug die Zahl der Niedriglohn-Beschäftigten immer weiter zunehme. Die Bedeutung der Zahlung von Mindestlöhnen rücke somit zunehmend in Vordergrund.

Herr Janssen bat um Einschätzung seitens Herrn Neumann als Antragsteller, wie eine Lohnzahlung in der Praxis umsetzbar sein könnte.

Herr Prof. Reuter nannte das beantragte Vorhaben, Langzeitarbeitslose dauerhaft aus dem ALG II-Bezug herauszuholen und in den öffentlichen Dienst bei der Stadt zu integrieren, praktisch nicht durchführbar.

Herr Dr. von Teichman erklärte, er strebe mit dem Änderungsantrag eine Vereinfachung an. Der Antrag sei so, wie von der SPD-Fraktion eingebracht, nicht durchführbar; er ziehe unabsehbare finanzielle Konsequenzen nach sich und sei somit überhaupt nicht beschlussfähig. Es sei realistischer in Zusammenarbeit mit der ARGE den Betroffenen wieder zu einem Einstieg in den Arbeitsmarkt zu verhelfen.

Herr Stoffers betonte die Bedeutung dieses Themas. Bevor jedoch konkrete Maßnahmen diskutiert werden könnten, sollte zunächst eine Bestandsanalyse erfolgen. Erst wenn alle Zahlen und rechtlichen Rahmenbedingungen vorlägen, könne überhaupt über weitere Maßnahmen entschieden werden. Er streite nicht ab, dass die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt oberstes Ziel sein müsse, dennoch gebe es auch eine Vielzahl von Personen, die für eine solche Vermittlung gar nicht mehr in Frage kämen. Auch für diesen Personenkreis seien Lösungen zu finden, an denen die Verwaltung zum Teil bereits schon seit geraumer Zeit arbeite. In diesem Zusammenhang wolle er auf die GAQ verweisen, die zu genau diesem Zweck gegründet worden sei. Er schlage daher vor, das Thema „kommunaler Arbeitsmarkt“ zu einem Schwerpunktthema im Sozialausschuss zu machen und daraus nach und nach eine Bestandsanalyse erarbeiten. Erst dann sollte über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Herr Rech bekräftigte ebenfalls, dass das Ziel ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis sein solle, von denen es in Wilhelmshaven bedauerlicherweise zu wenig gebe. Auch bei der GAQ gebe es Schwierigkeiten, dieses Ziel in die Praxis umzusetzen. Zudem dürften, wie von Herrn Neumann vorgeschlagen, die „Ersatz-Arbeitskräfte“ zum Beispiel im Bereich der Grünpflege gar nicht eingesetzt werden, da dies Pflichtaufgabe der Stadt sei und somit stadt eigenes Personal zum Einsatz kommen müsse. Dennoch müsse es möglich sein, die Menschen an eine Arbeit zu bringen. Hier komme die Diskussion um die Mindestlöhne wieder ins Spiel, da es Anreize geben müsse, überhaupt einer Arbeit nachzugehen. Letztendlich sei das von der SPD beantragte Vorhaben schwierig umzusetzen, wobei er sich jedoch von dem durch die Verwaltung zu erstellende Konzept einige neue Anregungen erhoffe.

Der anschließend von Frau Bauermeister eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte wurde mehrheitlich angenommen.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend erfolgte die Abstimmung über den eigentlichen Antrag der SPD-Fraktion: **Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mehrheitlich angenommen.**

5.7 Antrag der SPD-Fraktion auf Vorlage eines Konzeptes zum Ziel, dass alle Schulabsolventen in Wilhelmshaven ihre Schulpflicht mit einem qualifizierten Abschluss beenden

Ein weiterer Antrag von **Herrn Neumann** für die SPD-Fraktion lautete:

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, unter Beteiligung aller nötigen Organisationseinheiten (z.B. Schulamt, Landesschulbehörde, Jugendamt, Schulleiter der Hauptschulen und BBS'sen) bis zu den Klausurberatungen zum Haushalt 2011 eine beratungsfähige Vorlage mit dem Ziel zu erstellen, dass alle Schulabsolventen in Wilhelmshaven (unabhängig von der Schulform) ihre Schulpflicht mit einem qualifizierten Abschluss beenden.

Zielgruppe sind Jugendliche, die aufgrund von schulischen Schwächen auch bei sich verbessernder Konjunktur keine Chance auf eine Lehrstelle und damit auf eine dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt haben.

Bestandteile des Konzeptes sollen sein:

1. Beschreibung der Zielgruppe und Benennung deren Größe
2. Benennung der konkret notwendigen Maßnahmen (z.B. Nachhilfe, Lerntraining, Betreuung während der Schul- und Ausbildungszeit durch Sozialhelfer)
3. Betriebswirtschaftliche Kosten- und Nutzenbetrachtung
4. Volkswirtschaftliche Kosten- und Nutzenbetrachtung
5. Darstellung der Auswirkungen auf den Haushalt
6. Darstellung der Organisation innerhalb der Verwaltung.

Nachdem **Herr Neumann** diesen Antrag begründet hatte, erklärte **Herr Kunze**, es handele sich hier um eine Aufgabe des Landes Niedersachsen, die sich bereits im Niedersächsischen Schulgesetz in entsprechende Regelungen wiederfinde. Die CDU-Fraktion werde daher den Antrag ablehnen.

Herr Janssen nannte die generelle Zielsetzung des Antrages richtig. Seiner Ansicht nach sollten hierzu aber die Schulen direkt befragt werden. Aus diesem Grunde stelle er den **Änderungsantrag**: *„Die Schulleiter der Hauptschulen und BBSen werden gebeten, sich mit dem Problem der Schüler, die ohne qualifizierten Abschluss die Schule verlassen, zu beschäftigen. Die Schulleiter obiger Schulen werden gebeten, innerhalb der nächsten drei Monate im Schulausschuss dazu Stellung zu nehmen, möglichst mit konkreten Vorstellungen, über die dann im Ausschuss und später im Rat abgestimmt wird.“*

Herr Dr. von Teichman wendete bezüglich der Aussage von Herrn Kunze ein, dass zwar das Land zuständig sei, die Kommune aber bereits jetzt viel Eigeninitiative zur Unterstützung schwacher Schüler zeige, da die Vorgaben des Landes eben nicht ausreichen. Die FDP-Fraktion tue sich dennoch schwer mit dem Antrag aus dem Grunde, dass dort für alle Schüler ein „qualifizierter“ Schulabschluss verlangt werde. Erstes Ziel müsse vielmehr sein, dass die Schüler überhaupt einen Abschluss erreichten. Seine Fraktion stelle daher den **Änderungsantrag**, den Antrag der SPD wie folgt abzuändern: *„Nach „zu erstellen“ wird geändert: „dass alle Schülerinnen und Schüler in Wilhelmshaven einen Schulabschluss erreichen.““*

Herr Biehl machte auf eine Broschüre aufmerksam, die unter anderem eine Übersicht darüber enthalte, mit welchen Maßnahmen die einzelnen Schulen im Raum Wilhelmshaven/Friesland den Schülern zu einem qualifizierten Abschluss verhelfen. Problematisch zeige sich dabei, dass dies von zahlreichen einzelnen Stellen versucht werde und dass dazu immer auf Mittel aus Steuergeldern zurückgegriffen werden müsse. Ziel müsse es jedoch sein, und so verstehe er auch den Antrag, diese Kräfte zu bündeln und die Mittel zielgerichtet einzusetzen.

Frau Gastmann nannte einige Beispiele dafür, was der Rat in den letzten Jahren bereits auf diesem Gebiet habe erreichen können. So müsse der Rat auch in diesem Fall die Verantwortung übernehmen und mit der Qualifizierung der Schülerinnen und Schülern mit der Zustimmung zu diesem Antrag ermöglichen.

Herr Dr. Graul legte dar, es herrsche kein Mangel an passenden Konzepten, sondern an konkreten Vereinbarungen zur optimalen Zusammenarbeit. Dies sei wiederum wichtig, um das Ziel erreichen zu können, möglichst viele Jugendliche mit einem qualifizierten Schulabschluss in eine Ausbildung zu bringen. Aufgrund dieses Handlungsbedarfes begrüße er den Antrag.

Herr Tjaden stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Graul zu. In Richtung Herrn Biehl wendete er, dass seines Erachtens Steuergelder für diese Angelegenheit nicht falsch ausgegeben seien und man sich fragen müsse, wie diese Maßnahmen sonst zu finanzieren seien. Er wolle außerdem darauf aufmerksam machen, dass auch die Wirtschaft sich stärker einbringen müsse.

Im Übrigen bitte er, die Änderungsanträge schriftlich zumindest auch den Fraktionsvorsitzenden vorzulegen, da es für die Abstimmung ansonsten unübersichtlich werde.

Herr Rech betonte wie wichtig es sei, Schulschwänzer wieder zum Schulbesuch zu bringen. Er sehe auf diesem Gebiet ebenfalls großen Bedarf.

Herr Biehl hielt dem entgegen, dass das Problem nicht so groß sei, wie von Herrn Rech dargestellt. Es gebe bereits Konzepte von Seiten der Schulen, um damit umzugehen. Nach Auskunft der Industrie- und Handelskammer hätten jedoch etwa 40 % der eingestellten Lehrlinge Probleme beim Lesen, Schreiben und Rechnen.

Herr Prof. Reuter verlieh seinem Unmut darüber Ausdruck, dass mit diesem Antrag unterstellt werde, an den Schulen und im entsprechenden Fachausschuss werde diese Problematik nicht ausreichend behandelt. Dies sei jedoch ein Thema, mit dem sowohl Schulen als auch Schulausschuss laufend befasste seien. Seines Erachtens führe der Antrag zu keinem Ergebnis, da im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten bereits alles getan werde. Er halte den Antrag daher für überflüssig.

Herr Westerman stimmte Herrn Rech zu. Seiner Meinung nach sei die Bereitschaft bei den Auszubildenden zur beruflichen Qualifikation nicht ausreichend vorhanden. Ziel müsse es daher sein, den Schulabsolventen eine bessere Qualifizierung zu ermöglichen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde zunächst über die Änderungsanträge abgestimmt:

Der **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** wurde bei Ja-Stimmen der FDP-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag von Rats Herrn Janssen** wurde bei einer Ja-Stimme (Rats Herr Janssen) ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

In der folgenden Abstimmung über den **Antrag der SPD-Fraktion** wurde dieser bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion sowie von Oberbürgermeister Menzel **mehrheitlich angenommen**.

5.8 Antrag der SPD-Fraktion auf Antragstellung bei der Landesschulbehörde zum Ziel der Führung von Berufsfachschulen, die Abschlüsse in anerkannten Ausbildungsberufen anbieten sowie auf Bereitstellung der dazugehörigen Mittel

Herr Neumann brachte einen weiteren Antrag der SPD-Fraktion ein und begründete diesen anschließend:

4. Antrag

1. Sachlage:
An den Berufsbildenden Schulen Friedenstraße sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch ca. 150 bis 200 Jugendliche ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz. Die erfassten Jugendlichen haben alle mindestens eine einjährige Berufsfachschule besucht und sind nicht mehr schulpflichtig
2. Lösungsvorschlag:
Berufsbildende Schulen haben nach § 34 der BBS-Vo die Möglichkeit, bis zum 01.08.2013 aufbauend auf einer Berufsfachschule, diese mit einer Dauer zu führen, die inhaltlich und zeitlich einem nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannten Ausbildungsberuf entspricht. Das heißt konkret: Sie kann vom Ausbildungsmarkt unversorgten Schülern eine Berufsausbildung anbieten!
Das Nähere regelt der § 34 der BBS-Vo.
3. Antrag:
Der Rat beschließt:
... das Schulamt wird beauftragt, bei der Landesschulbehörde einen Antrag zur Führung von Berufsfachschulen zu stellen, die zu Abschlüssen in anerkannten Ausbildungsberufen führen. Die Auswahl geeigneter Ausbildungsberufe ist in Zusammenarbeit mit den Berufsbildenden Schulen vorzunehmen;
... im Haushalt Mittel auszuweisen, die genutzt werden, um die erforderlichen Kosten, wie z.B. Prüfungsgebühren und Praktikantenvergütungen in Höhe von ca. 200 €/Monat für jeweils 100 Jugendliche auszahlen zu können.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich neben **Frau Gastmann** die **Herren Dr. von Teichman, Kunze, Prof. Reuter, Biehl, Dr. Graul** und **Neumann**.

Es wurde der hohe Kostenaufwand im Vergleich zum noch nicht bekannten Nutzen für die Einrichtung von Berufsfachschulen erörtert.

Der abschließend von **Herrn Neumann** gestellte *Antrag auf Verweisung an den Schulausschuss* wurde **mehrheitlich angenommen**.

5.9 Verkleinerung des Rates der Stadt Wilhelmshaven um 2, 4 oder 6 **15/2010** Mitglieder für die Wahlperiode 2011 bis 2016

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.02.2010 vor.

An der Diskussion über die Vor- und Nachteile der Verringerung der Zahl der Ratsmitglieder beteiligten sich die **Herren Dr. von Teichman, Tjaden, Hartmann, Oberbürgermeister Menzel, Biehl** und **Ender**.

Über die verschiedenen Varianten des Beschlussvorschlages wurde daraufhin einzeln abgestimmt:

1. Reduzierung um sechs Ratsmitglieder

= **mehrheitlich abgelehnt**

30 Nein-Stimmen (SPD-Fraktion, CDU-Fraktion) und

15 Ja-Stimmen (FDP-Fraktion, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherren Janssen und Müller sowie Oberbürgermeister Menzel)

2. Reduzierung um vier Ratsmitglieder**= mehrheitlich abgelehnt**

30 Nein-Stimmen (SPD-Fraktion, CDU-Fraktion) und

15 Ja-Stimmen (FDP-Fraktion, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherren Janssen und Müller sowie Oberbürgermeister Menzel)

3. Reduzierung um zwei Ratsmitglieder**= mehrheitlich abgelehnt**

30 Nein-Stimmen (SPD-Fraktion, CDU-Fraktion) und

15 Ja-Stimmen (FDP-Fraktion, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherren Janssen und Müller sowie Oberbürgermeister Menzel)

5.10 Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen auf Reduzierung der Anzahl der Ratsmitglieder**Herr Tjaden** zog seinen Antrag aufgrund der zuvor gefassten Beschlüsse zurück.**5.11 Delegation von Befugnissen; hier: Annahme und Vermittlung von 56/2010 Zuwendungen gem. § 83 Abs. 4 S. 3 NGO****Herr Prof. Reuter** trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.02.2010 vor.**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Gemäß § 25a Abs. 2 GemHKVO delegiert der Rat für die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen mit einem Wert von über 100 Euro bis zu höchstens 2.000 Euro seine Zuständigkeit (§ 83 Abs. 4 S. 3 NGO) auf den Verwaltungsausschuss.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat (OHNE Haushalt 2009/2010)**6.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus (Ratsfrau Glaser)****6.1.1 Annahme einer Zuwendung im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO - 26/2010 Multikulturelles Kinderfest****Frau Glaser** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gemäß § 83 Abs. 4 NGO die Annahme einer Spende über 300,--€ (Dreihundert-00/100) des Clubs Soroptimisten, Gitta Nietiedt, Birkenweg 24, 26384 Wilhelmshaven für die Veranstaltung des Multikulturellen Kinderfestes im Pumpwerkpark zum Weltkindertag am 19.09.2009.

6.1.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Absatz 4 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) im Fachbereich 50 **31/2010**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme von Spenden der in der Anlage aufgeführten Personen bzw. Institutionen für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven.

6.1.3 Annahme einer Zuwendung (Grundplatte für Gedenkstein Wilhelm Krökel) im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO **46/2010**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme einer Sachspende des Arbeitskreises Senioren der IG Metall Wilhelmshaven. Gespendet werden soll eine Grundplatte im Werte von 250 € für den Gedenkstein „Wilhelm Krökel“.

6.1.4 Annahme einer Zuwendung (Sportlerehrung 2010) im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO **57/2010**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme einer Geldspende der Firma Opel Schmidt, Wilhelmshaven, in Höhe von 1.800,00 € zur Durchführung der Sportlerehrung 2010.

6.1.5 Zinssatz für die kalk. Verzinsung zum Haushalt 2011 für kostenrechnende Einrichtungen **45/2010**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum **Haushalt 2011 auf 5,4 %** (bisher 5,5 %) fest.

6.1.6 Landesförderung für den Eigenbetrieb Reinhard-Nieter-Krankenhaus - 23/2010
Sicherheitsbestellung

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven akzeptiert die geänderte Förderpraxis des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, dass die Bewilligung von Fördermitteln für das Reinhard-Nieter-Krankenhaus an die Eintragung einer Buchgrundschuld knüpft (hier: Buchgrundschuld in Höhe von 430.000 € -Förderung der Nukleartherapiestation des Reinhard-Nieter-Krankenhauses).

Die Zustimmung gilt auch für weitere Buchgrundschulden aufgrund von Fördermitteln, die das Reinhard-Nieter-Krankenhaus zukünftig erhalten wird, sofern das Land an dieser Praxis fest hält.

6.2 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsherr Westerman)

6.2.1 Annahme einer Zuwendung im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO - 38/2010
Dienstfahrzeug

Herr Westerman trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 03.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme einer Zuwendung der GEW aus dem Förderprogramm für Erdgasfahrzeuge für den Kauf eines Dienstfahrzeuges des Fachbereichs Umwelt.

6.2.2 Annahme von Spenden für die Freiwillige Feuerwehr in 2009 **36/2010**

Herr Westerman trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 03.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven genehmigt die Annahme der in der Begründung aufgeführten Spenden, die im Jahr 2009 nach Inkrafttreten am 20.05.2009 der §§ 83 Abs. 4 NGO und 25a GemHKVO durch den Fachbereich Feuerwehr angenommen und an den Kreisfeuerwehrverband weitergeleitet wurden.

6.2.3 Grundsatzbeschluss zur Annahme von Spenden für die Freiwillige Feuerwehr **37/2010**

Herr Westerman trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 03.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven genehmigt die grundsätzliche Annahme von Spenden durch den Fachbereich Feuerwehr für den Kreisfeuerwehrverband bis zur Höhe von 2.000,00 €. Bei Spenden, die diesen Betrag übersteigen, werden gemäß den gesetzlichen Bestimmungen Einzelbeschlüsse des Rates eingeholt.

6.3 Schulausschuss (Ratsherr Möhle)

6.3.1 Umsetzung des Grundsatzbeschlusses des Rates zum 6/2010 Schulentwicklungsplan 2007 - 2013

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 19.01.2010 vor und lobte diesen als Endpunkt langer Beratungen. Außerdem bedankte er sich bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt

1. Zum Schuljahr 2010/11 wird die GS Albrechtstraße aufgehoben
2. Zum Schuljahr 2010/11 werden die katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zusammengelegt.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat (zum Haushalt 2009/2010)

7.1 Betriebsausschuss Krankenhaus (Ratsfrau Aljets)

7.1.1 Wirtschaftsplan 2010 des RNK Eigenbetriebes **30/2010**

Frau Aljets trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Reinhard-Nieter-Krankenhaus – städt. Kliniken und soziale Einrichtungen – für 2010 wird beschlossen.

Ein Kassenkreditvolumen von 7.525.221 Euro wird beschlossen.

Ein Kreditvolumen in Höhe von 2.000.000 Euro wird beschlossen.

7.2 Betriebsausschuss Entsorgungsbetriebe (Ratsherr Gabriels)

7.2.1 Wirtschaftsplan WEB 2010 **16/2010**

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Entsorgungsbetriebe vom 29.01.2010 vor.

Herr Dr. von Teichman machte auf das negative Gesamtergebnis im Finanzplan aufmerksam. Dieses sei den zukünftigen Investitionen in die Maßnahmen zur Verbesserung des Rückhaltevermögens des Kanalsystems geschuldet. Dies könne seines Erachtens zwangsläufig nur zu steigenden Gebühren führen und müsse allen Befürwortern dieser Maßnahmen vor Augen gehalten werden. So appelliere er an die übrigen Ratsmitglieder, als Folge auch die Gebührenerhöhungen mitzutragen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2010 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **5.485.100,00 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **0,00 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2010 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000,00 €** festgesetzt.

7.3 Betriebsausschuss Straße und Grün (Ratsherr Radmer)

7.3.1 Wirtschaftsplan 2010 Eigenbetrieb Straße und Grün

13/2010

Herr Radmer trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses „Straße und Grün“ vom 21.01.2010 vor.

Herr Neumann wies auf den schlechten Straßenzustand aufgrund des starken Frostes während der vergangenen Wochen hin. Der im Wirtschaftsplan ausgewiesene Betrag in Höhe von 300.000 € für die Herrichtung von Straßen reiche jedoch für den entstandenen Bedarf nicht aus.

Seine Fraktion beantrage daher für das Ausbessern der Frostschäden weitere 300.000 €. Darüber hinaus sollten zusätzlich 500.000 € für Straßensanierungen bereit gestellt werden. Insgesamt werde somit die Erweiterung des Wirtschaftsplanes SGW um 800.000 € für das Herrichten der Straßen beantragt.

Herr Dr. von Teichman wendete ein, derartige Vorschläge seien vielleicht begründbar, nicht aber finanzierbar. In diesem Zusammenhang wolle er zudem auf den Antrag der FDP-Fraktion zur Haushaltskonsolidierung hinweisen, der eine Lösung dieser Problematik vorschlage. Dem Anliegen der SPD könne seine Fraktion in der vorgetragenen Form jedoch nicht folgen. Zudem solle zunächst einmal abgewartet werden, wie weit der Betrieb mit den vorgesehenen Mittel tätig werden könne. Es stehe dann immer noch die Möglichkeit eines Nachtrages offen; außerdem halte er es für sinnvoller, statt dessen auf derartige Anträge wie den kommenden zur Sanierung des ESV-Sportplatzes zu verzichten.

Herr Schmidt wies Herrn Neumann darauf hin, dass zum Wirtschaftsplan SGW zunächst nur die beantragten 300.000 € abgestimmt werden könnten. Die übrigen 500.000 € gehörten in den Finanzhaushalt.

Herr Prof. Reuter appellierte, erst einmal den genauen Schaden beurteilen zu lassen, um gesicherte Entscheidungsgrundlagen zu besitzen. Sicherlich bestehe die Notwendigkeit, die Straßen wieder herzurichten, doch wolle er davor warnen, vorschnell Gelder zu verplanen.

Herr Tjaden stellte fest, dass die Mittel für die Straßenausbesserung auf jeden Fall benötigt würden. Im Hinblick auf den von Herrn Dr. von Teichman angesprochenen FDP-Antrag wolle er darauf aufmerksam machen, dass dieser Antrag auch den Verkauf des Reinhard-Nieter-Krankenhauses beinhalte. Dies dürfe jedoch nicht der Preis für die Straßensanierung sein.

Herr Radmer machte darauf aufmerksam, dass sich auch der Betriebsausschuss bereits dahingehend geeinigt habe, zunächst ein Schadenskataster anlegen zu lassen, um den genauen Bedarf zu ermitteln. In diesem Sinne stimme er den Ausführungen von Herrn Prof. Reuter zu.

Oberbürgermeister Menzel erklärte, der Verwaltungsvorstand habe sich auf die Erstellung einer Bestandsaufnahme geeinigt. Dem Rat solle dann im Wege eines Nachtrages der genaue finanzielle Bedarf vorgestellt werden. Angesichts des Änderungsantrages der SPD-Fraktion dürfe jedoch auch nicht die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes außer Acht gelassen werden. Auch er appelliere, dies nach Vorlage der Bestandsaufnahme in einem geordneten Verfahren im Wege eines Nachtrages endgültig zu entscheiden.

Darüber hinaus habe der Wintereinsatz der SGW bereits zum jetzigen Zeitpunkt erheblich mehr Mittel erfordert, als in einem „normalen“ Winter. Sollte sich derartiges wiederholen, müsse zudem über eine Umlegung des Winterdienstes auf die Straßenreinigungsgebühr in Betracht gezogen werden.

Herr Ender äußerte Verständnis gegenüber dem Anliegen der SPD, doch wolle er darauf aufmerksam machen, dass auch die Rad- und Gehwege vielfach einer Überholung bedürften.

Herr Neumann bestätigte, dass der Änderungsantrag selbstverständlich auch die Rad- und Fußwege umfasse. Er sehe sich zudem in der Richtigkeit des Änderungsantrages durch die übrigen Wortbeiträge bestätigt.

Darüber hinaus wolle er auf die Verkehrssicherungspflicht der Stadt aufmerksam machen.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** auf *Erweiterung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes „Straße und Grün“ um 300.000 € für die Beseitigung der Frostschäden* wurde in der folgenden Abstimmung **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes Straße und Grün in Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Sollten sich aus den Beschlüssen des Rates der Stadt Wilhelmshaven in der Sitzung vom 24.02.2010 Änderungen in der Höhe der Einnahmen und / oder Ausgaben ergeben, sind die Zahlen des vorliegenden Wirtschaftsplans um diese Änderungen zu ergänzen / korrigieren.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird auf 637.821 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.300.000 € festgesetzt.

7.4 Betriebsausschuss "Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven" (Ratsherr Hartmann)

7.4.1 Wirtschaftsplan 2010 der „Städtischen Datenverarbeitung 4/2010 Wilhelmshaven“

Herr Hartmann trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses „Städtische Datenverarbeitung“ vom 26.01.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2010 der Städtischen Datenverarbeitung Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Die Sitzung wurde anschließend von 13.15 Uhr bis 14.10 Uhr für eine Mittagspause unterbrochen.

7.5 Betriebsausschuss "Grundstücke und Gebäude" (Ratsherr Hellwig)7.5.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen: "Planung/Finanzierung/Erneuerung der ESV-Sportanlage"

Herr Barkowsky trug den **gemeinsamen Antrag von SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen** vor und begründete diesen anschließend:

„Planung/Finanzierung/Erneuerung ESV-Sportanlage

1. Die Vorlage der Planung und Finanzierung einschl. Folgekosten für die Erneuerung der ESV-Sportanlage erfolgt durch die Verwaltung bis Mai 2010.

2. Die Investitionssumme für die Umsetzung der Maßnahme (Kunstrasen) wird in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS aufgenommen.“

Nach einer ersten Diskussion zwischen den **Herren Barkowsky, Oberbürgermeister Menzel, Dr. von Teichman** und **Westerman** über die Formulierung des Antrages wurde die **Sitzung auf Antrag von Herrn Möhle für eine Fraktionsbesprechung der CDU von 14.20 Uhr bis 14.35 Uhr unterbrochen.**

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung entspann sich eine angeregte Debatte über die allgemeine Bedeutung des ESV für die Integrationsarbeit in der Südstadt und die Dringlichkeit der Sanierung des vereinseigenen Sportplatzes. Außerdem wurde die Sorge geäußert, dass bei Zustimmung auch von anderen Vereinen ähnliche Forderungen an den Rat herangetragen werden könnten. Es wurde ferner erörtert, inwieweit eine ergebnisoffene Planung hinsichtlich des Standortes von Vorteil sein könnte.

An dem lebhaften Austausch beteiligten sich neben **Frau Ober-Bloibaum** und **Frau Bauermeister** die **Herren Hellwig, Reese, Barkowsky, Radmer, Prof. Reuter, Ender, Tjaden, Biehl, Hoff** und **Neumann**, in dessen Folge diverse Änderungsanträge eingebracht wurden.

Die Diskussion wurde nach einem **knapp mehrheitlich angenommenen Geschäftsordnungsantrag auf „Schluss der Debatte“** von Herrn Weerda beendet.

Im Anschluss wurde über die eingebrachten **Änderungsanträge** abgestimmt:

1. Änderungsantrag seitens Oberbürgermeister Menzel und sinngemäß auch seitens Herrn Dr. von Teichman zu Punkt 1: *„Die Vorlage der Planung und Finanzierung einschließlich Folgekosten für eine standortoffene Lösung des ESV-Problems erfolgt durch die Verwaltung bis Mai 2010.“*

Der Änderungsantrag zu Punkt 1 wurde **mehrheitlich abgelehnt.**

Punkt 1 des gemeinsamen Antrages von SPD, Grünen und BASU/Ober-Bloibaum/Tholen wurde daraufhin **in der unveränderten Form mehrheitlich angenommen.**

2. Änderungsantrag seitens Herrn Biehl in Form einer Ergänzung des Punkt 2 wie folgt: *„Die Investitionssumme für die Umsetzung der Maßnahme (Kunstrasen) wird nach Kenntnis der Kosten in einer neuerlichen Entscheidung des Rates in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS aufgenommen.“*

Dieser Änderungsantrag zu Punkt 2 des Antrages wurde **mehrheitlich angenommen.**

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen wurde somit in folgender Form beschlossen:

- 1. Die Vorlage der Planung und Finanzierung einschl. Folgekosten für die Erneuerung der ESV-Sportanlage erfolgt durch die Verwaltung bis Mai 2010.*
- 2. Die Investitionssumme für die Umsetzung der Maßnahme (Kunstrasen) wird nach Kenntnis der Kosten in einer neuerlichen Entscheidung des Rates in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS aufgenommen.“*

7.5.2 Wirtschaftsplan GGS 2010

18/2010

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses „Grundstücke und Gebäude“ vom 28.01.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Die Ermächtigung für Kreditaufnahmen für Investitionen des Konjunkturpaketes wurde noch nicht in Anspruch genommen und besteht fort.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 4.469.600 € festgesetzt.

7.6 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus (Ratsfrau Glaser)

7.6.1 Wirtschaftspläne 2010 der städtischen Gesellschaften

7.6.1.1 Wirtschaftsplan 2010 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH **49/2010**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2010 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH wird, vorbehaltlich der Beschlussfassung zu Punkt 2.19 des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, zugestimmt.

7.6.1.2 Wirtschaftsplan 2010 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH **50/2010**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Auf den Einwand seitens **Herrn Dr. von Teichman**, die Vorlage solle aufgrund zu vieler offener Punkte zurückgezogen werden, erfolgte ein kontroverser Meinungs austausch hinsichtlich der Aufgaben der Wirtschaftsförderung. Es bestand zwar Einigkeit darin, dass die WFG gute Arbeit leiste, doch von Seiten der FDP-Fraktion wurde erneut die Besetzung der Stelle des hauptamtlichen Wirtschaftsförderers gefordert.

An der ausführlichen Diskussion beteiligten sich neben Herrn Dr. von Teichman die **Herren Tjaden, Neumann, Adam, Oberbürgermeister Menzel, Radmer, Janssen, Prof. Reuter und Hoff**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2010 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

7.6.1.3 Wirtschaftsplan 2010 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH **51/2010**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2010 der Wilhelmshavener Touristik & Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 4.095.700 € wird zugestimmt.

7.6.1.4 Wirtschaftsplan 2010 der WTF Stadtwerke GmbH **52/2010**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Herr Prof. Reuter zeigte sich besorgt hinsichtlich der angegebenen Verluste. Er gebe zu bedenken, dass vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltssituation die Sparbemühungen auf die städtischen Tochtergesellschaften ausgedehnt werden müssten.

Zwischen **Herrn Neumann** und **Herrn Prof. Reuter** wurde anschließend kurz die Frage der praktischen Umsetzung von Einsparvorschlägen diskutiert.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2010 der WTF Stadtwerke GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 4.370.105 € wird zugestimmt.

Der Verlust der WTF Stadtwerke GmbH ist durch eine Zahlung aus dem städtischen Haushalt auszugleichen.

7.6.2 Steuersatzungen

7.6.2.1 Änderung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) in der Stadt Wilhelmshaven **32/2010**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Herr Hoff legte in einer ausführlichen Stellungnahme die aktuelle Haushaltssituation dar. Vor dem Hintergrund der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes bitte er, den vorgeschlagenen Steuererhebungen zuzustimmen.

Herr Dr. von Teichman erklärte, aus seiner Sicht halte er die Steuererhebungen angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise für schädlich. Auch auf kommunaler Ebene würden sich Erhebungen daher ungünstig auswirken. So stünden bei Anhebung der Gewerbesteuer Schließungen von Gewerbebetrieben zu befürchten. Zudem würden mögliche Einsparungen durch Tarifierhöhungen

aufgezehrt. Sollte die finanzielle Situation tatsächlich so prekär sein, wie vom Kämmerer dargestellt, müsse seines Erachtens auch auf Tarifierhöhungen verzichtet werden. In diesem Zusammenhang verweise er nochmals auf den Antrag seiner Fraktion mit Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung. Das von der Verwaltung vorgelegte Haushaltskonsolidierungskonzept halte er für nicht ausreichend nachhaltig, hier sei vielmehr eine langfristige Strategie von Nöten. Zudem müsse sich die Verwaltung vorwerfen lassen, dass von dort trotz der Hinauszögerung der Haushaltsberatungen zu einem Doppelhaushalt zu wenig zur Konsolidierung zu wenig unternommen worden sei. Dennoch könne er mit einiger Zufriedenheit feststellen, dass nunmehr einige von der FDP bereits seit geraumer Zeit geforderten Maßnahmen von der Verwaltung umgesetzt würden, wie zum Beispiel die Veräußerung der städtischen Anteile an der Flugplatzgesellschaft oder der Verkauf des City-Parkhauses. Die Überlegungen in diese Richtung müssten weiter vertieft werden, auch die Stadt dürfe sich davor nicht verschließen.

Herr Neumann bat, die **Abstimmung getrennt für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B** vorzunehmen. In Richtung der Äußerungen von Herrn Dr. von Teichman bezog sich Herr Neumann auf einen Bericht des Städtetages, worin unter anderem die Einsparvorschläge diverser Kommunen aufgeführt worden waren. Diese seien alle ähnlich denen der Stadt Wilhelmshaven. Somit könne die Verwaltung gar nicht so danebenliegen, wie von Herrn Dr. von Teichman vorgeworfen.

Herr Panzer appellierte, nur zur Beschlussvorlage zu sprechen und keine allgemeinen Stellungnahmen abzugeben.

Herr Ender erklärte, die BASU werde die Steuererhebungen nicht mittragen.

Prof. Reuter signalisierte die Zustimmung der CDU-Fraktion zu beiden Steuererhöhungen. Diese bewegten sich in einem angemessenen Rahmen und lägen zudem deutlich unter der Inflationsrate. Letztendlich dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass auch die Stadt sich finanzieren müsse. Er halte die vorgeschlagenen Erhöhungen für durchaus zumutbar.

Herr Biehl sprach sich gegen die Behauptung von Herrn Dr. von Teichman aus, dass anstelle der Steueranhebungen der Verzicht auf Tarifierhöhungen stehen solle. Die von ihm skizzierte mögliche Schließung von Betrieben bei Anhebung der Gewerbesteuer sei außerdem höchst unwahrscheinlich. Ebenso seien für die Ansiedlung von Betrieben andere Faktoren ausschlaggebend als die Höhe der Gewerbesteuer. Er halte die vorgeschlagenen Erhöhungen von Gewerbe- und Grundsteuer für moderat.

Oberbürgermeister Menzel erinnerte an verschiedene strukturelle Veränderungen, die dem Rat in der Vergangenheit von der Verwaltung bereits zur Entscheidung vorgelegt und von dort abgelehnt worden seien. Vor dem Hintergrund der heutigen Diskussionen sowie der bereits beschlossenen Mehrbelastungen drohe der Stadt eine Ablehnung des Haushalts durch die Kommunalaufsicht. In solch schwierigen Zeiten müsse der Rat bereit sein, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Der Deutsche Städtetag habe jüngst festgestellt, dass sich der Trend von sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben in allen Städten und Kommunen fortsetze. Diesem entgegenzuwirken erfordere jedoch besondere Maßnahmen.

Im Hinblick auf die Gewerbesteuer wolle er auch darauf aufmerksam machen, dass dort die letzte Erhöhung rund 23 Jahre zurückliege und nun angepasst werden müsse, zudem in einer durchaus vertretbaren Höhe. Er betone erneut, wie wichtig die Verabschiedung eines genehmigungsfähigen Haushaltes sei, da anderenfalls die Haushaltssperre nicht aufgehoben werden könne.

Herr Weerda bat, wie vor ihm Herr Panzer, nur zu den Beschlussvorlagen Stellung zu nehmen, da die ohnehin lange Sitzung ansonsten unnötig weiter in die Länge gezogen werde.

Herr Tjaden begründete abschließend kurz die Gründe seiner Fraktion für die Ablehnung der Steueranhebungen.

Die darauf folgende Abstimmung erfolgte getrennt für Gewerbesteuer und Grundsteuer:

1. Festsetzung des Steuersatzes für die **Gewerbesteuer** auf 430 v. H.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

2. Festsetzung des Steuersatzes für die **Grundsteuer B** auf 430 v. H.

Beschluss: - mehrheitlich **abgelehnt** -

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) für die Stadt Wilhelmshaven zum 01.01.2010.

7.6.2.2 Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung
- Erhöhung der Hebesätze -

33/2010

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Wilhelmshaven vom 01.10.2008.

7.6.2.3 Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung
- Erhöhung der Steuersätze -

34/2010

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Zwischen **Herrn Weerda**, **Herrn Ender**, **Frau Bauermeister**, **Herrn Hartmann** und **Herrn Hoff** wurden kurz die Möglichkeiten der Verwaltung zur Überprüfung der Zahlung sowie die Verwendung der Steuer erörtert.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Wilhelmshaven vom 17.11.1994 in der Fassung vom 01.01.2002.

7.6.3 3. Nachtrag Haushalt 2009/2010

7.6.3.1 Neue Zuschussanträge

Frau Aljets verlieh ihrem Bedauern darüber Ausdruck, dass aufgrund der Vorgabe, zusätzliche freiwillige Aufgaben nicht mehr zu übernehmen, die Zuschüsse nicht genehmigt werden können. Sie freue sich jedoch mitteilen zu können, dass die Oldenburgische Landschaft das Institut für Vogelforschung aufgrund dessen herausragenden Stellung auf diesem Gebiet mit einer Spende von 3.000 € unterstützen werde.

Die Nichtberücksichtigung der Zuschussanträge wurde mehrheitlich angenommen.

7.6.3.2 Ergebnishaushalt inkl. Änderungsliste (Seite 1-4)

Wortbeiträge zum Ergebnishaushalt lagen nicht vor.

Der Ergebnishaushalt inkl. Änderungsliste (Seite 1 – 4) wurde einstimmig angenommen.

7.6.3.2.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Besetzung der Schulsozialarbeiterstellen bis zum 30.06.2010 und Bereitstellung der erforderlichen Personalkosten

Herr Neumann trug einen letzten Antrag der SPD-Fraktion mit anschließender Begründung vor:

Weiter beantragen wir, bis zum 30.06.2010 die schon im Frühjahr 2009 beschlossenen Schulsozialarbeiterstellen zu besetzen.
Für die übrigen städtischen Grundschulen und die Sonderschulen sollen bis zum Schuljahresbeginn 2011/2012 ebenfalls Schulsozialarbeiter eingestellt werden.
Die Personalkosten müssen zusätzlich für den Haushalt bereitgestellt werden.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, mit dem niedersächsischen Kultusministerium mit dem Ziel zu verhandeln, dass spätestens zum Schuljahr 2011/2012 auch an allen weiterführenden Schulen Sozialarbeiter eingesetzt und vom Land bezahlt werden.

Begründung:

Die bereits tätigen Schulsozialarbeiter an den Grundschulen und Hauptschulen konnten nachweisen, dass ihr Einsatz sinnvoll und notwendig ist, um spätere Hilfen durch das Jugendamt zu vermeiden.
Die Investition in Schulsozialarbeiter ist betriebswirtschaftlich sinnvoll.

Herr Panzer signalisierte die Ablehnung der CDU-Fraktion, da zum einen diese Stellen bereits vorgesehen seien und zum anderen die tatsächliche Entwicklung an den Schulen zunächst abgewartet werden solle.

Der **Antrag der SPD-Fraktion auf Besetzung der Schulsozialarbeiterstellen bis zum 30.06.2010 und Bereitstellung der erforderlichen Personalkosten** wurde daraufhin **mehrheitlich abgelehnt**.

7.6.3.3 Haushaltssicherungskonzept inkl. Änderungsliste (Seite 5-11)

Nach ausführlichen Stellungnahmen der **Herren Prof. Reuter, Neumann, Tjaden** und **Oberbürgermeister Menzel** zum Haushaltssicherungskonzept sowie zur allgemeinen Haushaltslage erfolgte zunächst die Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion zu Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung.

Im Anschluss daran wurde über die einzelnen Positionen des Haushaltssicherungskonzeptes diskutiert und diese beschlossen.

7.6.3.3.1 Antrag der FDP-Fraktion: Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

Herr Dr. von Teichman brachte folgenden Antrag der FDP-Fraktion ein:

„Vorbemerkung:

Haushaltskonsolidierung ist kein reines Rechenexempel, bei dem am Ende eine genehmigungsfähige Zahl steht, sondern muss eine umfassende Analyse einschließen, welche Auswirkungen die jeweilige Kürzung hätte, ob sie mit anderen Beschlüssen, z.B. Kulturpolitische Leitlinien etc. kollidiert. Unter Umständen ist auch eine Erhöhung eines Ansatzes notwendig, wenn durch Investitionen eine zukünftige Einsparung wahrscheinlich ist. Im Übrigen muss der Haushalt Ausdruck eines Gesamtkonzeptes für die Stadt sein. Seine einzelnen Teile sind einem übergeordneten Plan anzupassen. Bürger und betroffene Institutionen sind rechtzeitig einzubeziehen. Die „Politik“ ist fortlaufend und umfassend zu informieren.

Bisherige Sparrunden haben gezeigt, dass wir von diesen Überlegungen weit entfernt sind. Es werden willkürliche Sparvorschläge gemacht, die weder in ein Konzept eingebettet sind noch gar mit den Betroffenen abgestimmt sind. Die Durchführbarkeit und Folgewirkung ist meist ungewiss. Nicht selten hat sich erwiesen, dass die Sparvorschläge sang- und klanglos wieder einkassiert werden mussten. Konzeptüberlegungen sind außerdem nicht nur zu Zeiten von Haushaltsberatungen angezeigt, sondern laufend. Spezielle Haushaltsberatungen könnten dann nahezu verzichtbar werden, da im gesamten laufenden Jahr bereits Anpassungen und Konzeptüberprüfungen stattgefunden haben („Controlling“). An solchen grundsätzlichen Verfahrensweisen mangelt es in Wilhelmshaven. Deshalb kommt es regelmäßig zu nutzlosen Auseinandersetzungen innerhalb des Rates und in der Öffentlichkeit. Der wichtigste Mangel ist dabei, dass die Politik/der Rat bisher keine umfassenden Konzepte erarbeitet hat oder die vorliegenden (Kulturpolitische Leitlinien, Hafenentwicklung, Einzelhandelskonzept) nicht konsequent umsetzt und die Verwaltung an die Umsetzung erinnert (Tourismuskonzept)

Unabhängig von umfassenden Planungen ist nun ein Teilkonzept erforderlich, dass gleichzeitig zu Einsparungen führen wird.

Der Rat möge daher beschließen:

- 1. Umfassende Analyse, welche Aufgaben zusammen mit LK Friesland wahrgenommen werden können. Einsparungen von 1 bis 2 Millionen sind eher pessimistisch. (Z.B.: RPA, Gesundheitsamt, Kultursteuerung, Kultureinrichtungen, Personalabrechnung, EDV). Dazu ist natürlich der offizielle Verzicht auf arvato notwendig!!*
- 2. Prüfung, welche Dienstleistungen die Stadt und die Gesellschaften privat vergeben können (Gartenpflege, Schreibdienst, Hausmeister, Werkstätten, Ampelpflege) (5 Mio.)*
- 3. Prüfung Fahrzeugpark von Stadt und Gesellschaften, hier Synergien? Wahrscheinlich deutliche Reduzierung möglich (0,5 Mio.)*
- 4. Verkauf RNK. Gewinn von 25-30 Mio. Ebenso Alten- und Pflegeheime sowie ambulanten Pflegedienst.*
- 5. Mit dem Verkaufspreis grundlegende Straßensanierung durch dauerhafte stadtteilweise Vergabe an Straßenbauunternehmen (ppp-System). Auflösung der Straßenbauabteilung. (mehrere Mio.)*
- 6. Gemeinsame Steuerung aller Kultureinrichtungen, insbesondere der Öffentlichkeitsarbeit, WTF entwickelt zentrales Vermarktungskonzept, Kulturtourismus. Tourismuskonzept wird innerhalb eines halben Jahres fertig gestellt und innerhalb von 2 Jahren umgesetzt. Kooperation mit dem*

- Umland. Dadurch Steigerung der Besucher- und Benutzerzahlen, solche sollten vorgegeben werden. (mindesten 1 Mio.)*
7. *Zusammenlegung von WEB und SGW sowie WEL mit geschäftsführender AöR (Einsparung von Geschäftsführern)*
 - *Straßenreinigung schrittweise an die Bürger zurückgeben (Folge: diese bestellen entspr. Dienste, diese wiederum stellen Arbeitslose mit geringer Qualifikation ein, so dass hierdurch eine nachhaltige Entlastung des Haushalts entsteht.*
 - *Prüfung Müll: nur noch Abholsystem, Folgen wie oben geschildert.*
 8. *Mit Personalrat wird Verzicht auf Erfüllung des Tarifvertrages vereinbart, keine Gehaltssteigerung für 2 Jahre.*
 9. *Mittel- und langfristiges Konzept zur Integration von*
 - *Ausländern*
 - *Arbeitslosen/Sozialfällen*
 - *Jugendliche („Jeder Jugendliche hat einen Schulabschluss“)*
 10. *Überprüfung aller Mitgliedschaften in überörtlichen Institutionen (RIS, Metropol-Region, Ost-Friesland-Konferenz, zahlreiche durch WFG) Einsparvolumen ca. 0,2 Mio.*
 11. *Verkauf Kutterstraße, damit Auflösung der Beteiligungsgesellschaft, Einsparung der entspr. Verwaltungskosten*
 12. *Nachdenken über Dezernatsverteilung. Kann nach Ausscheiden von Dezernenten in den folgenden Jahren eine Dezernentenstelle eingespart werden?*
 13. *Auch ohne AöR und Neustrukturierung erarbeitet die Verwaltung dem Rat vorzulegende Vorgaben für die Beteiligungen gem. §§ 114 und 114a NGO.*
 14. *Für die in 2011 anstehenden Kommunalwahlen wird eine Verkleinerung des Rates um 6 Sitze beschlossen.“*

Herr Janssen bat, die einzelnen Punkte zunächst in den zuständigen Fachausschüssen vorzubereiten. Er selbst könne nur dem Punkt „arvato“ und der Ziff. 6 des Antrages zustimmen, alle übrigen Vorschläge halte er für unpassend.

Herr Biehl bat um Auskunft hinsichtlich des weiteren Vorgehens: Solle über jeden Vorschlag einzeln abgestimmt werden oder „en bloc“?

Herr Tjaden stellte fest, der Antrag gebe eine sehr strikte Linie der Haushaltskonsolidierung vor. Zudem sollte eine Zusammenarbeit mit den Nachbar-Städten und –Gemeinden selbstverständlich sein.

Hinsichtlich des Abstimmungsverfahrens halte er eine „en-bloc-Abstimmung“ mit Ausnahme des Punktes 4 für angebracht.

Anschließend nahm Herr Tjaden Stellung zu einzelnen Punkten des Antrages.

Herr Neumann signalisierte, dass die SPD-Fraktion es ablehne, über die einzelnen Ziffern des Antrages zu diskutieren und abzustimmen. *Er beantrage die Verweisung an den Unterausschuss „Umstrukturierung“.* Dennoch wolle er klarstellen, dass für seine Fraktion ein Verkauf des Reinhard-Nieter-Krankenhauses und ein Ausstieg aus dem Arbeitgeberverband und Verzicht auf Tariferhöhungen nicht in Frage komme.

Herr Dr. von Teichman erklärte sich mit einer Verweisung an den Unterausschuss einverstanden. Zudem habe er mit dem Antrag einige Alternativen zu den bisherigen konventionellen Einsparvorschlägen aufzeigen wollen. Er wolle die Vorschläge als Aufforderung für die weitere Haushaltskonsolidierung auf mittel- bis langfristige Sicht verstanden wissen.

Herr Prof. Reuter stimmte den Ausführungen von Herrn Neumann zu. Im Übrigen halte er die Vorschläge für den aktuellen Haushalt für verspätet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde über den Antrag von Herrn Neumann auf Verweisung an den Unterausschuss abgestimmt.

Der *Antrag auf Verweisung an den Unterausschuss* wurde **einstimmig angenommen**.

Es folgte die weitere **Beratung zu Tagesordnungspunkt 7.6.3.3**. Dabei wurde über die Punkte des **Haushaltssicherungskonzeptes** einzeln diskutiert und abgestimmt.

1. Personalaufwendungen

Ziff. 1.1

Fortführung Abenteuerspielplatz Voslapp ohne städtisches Personal

Herr Schmidt informierte, ihm liege eine Unterschriftensammlung für den Erhalt des Abenteuerspielplatzes vor.

Herr Harms sprach sich in einer kurzen Stellungnahme für den Erhalt des Abenteuerspielplatzes aus.

Herr Barkowsky bezog sich auf den zu diesem Thema vorliegenden Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum Tholen und bat, hier den Jugendhilfeausschuss als zuständigen Fachausschuss nicht außer Acht zu lassen. Hier seien die Detailfragen zu klären und ein Konzept für die Weiterführung zu erarbeiten, das auch die Beibehaltung des pädagogischen Konzeptes beinhalte. Dies müsse zunächst abgewartet werden, bevor der Rat sich mit der Angelegenheit abschließend befasse.

Herr Tjaden bestätigte, dass wohl keine Partei im Rat die Schließung des Abenteuerspielplatzes erwäge. Der von seiner Gruppe vorgelegte Antrag fasse das Ergebnis der Beratungen des Finanzausschusses zusammen, nämlich dass der Abenteuerspielplatz mit benutzerfreundlichen Öffnungszeiten und einem pädagogischen Hintergrund erhalten bleiben solle. Dies diene der Rückversicherung, dass die bisherigen Ergebnisse tatsächlich an den Rat gelangten.

Herr Stoffers lobte die Zusammenarbeit von Verwaltung und Jugendhilfeausschuss in dieser Angelegenheit als ausgesprochen gut. Im Jugendhilfeausschuss habe nach eingehenden Beratungen Einigkeit darüber bestanden, dass es nicht notwendig sei, den Spielplatz unter städtischer Trägerschaft weiterzuführen, was wiederum zu Einsparungen bei den Personalkosten führe. Die Verwaltung habe den Auftrag erhalten ein Konzept zu erarbeiten, das die Weiterführung des Abenteuerspielplatzes unter fremder Trägerschaft mit allen erforderlichen Aspekten beinhalte. Der Jugendhilfeausschuss entscheide anschließend über die Detailfragen, bevor das Konzept dem Rat zur abschließenden Entscheidung vorgelegt werde. Die Befürchtungen von Herrn Tjaden seien damit unbegründet.

Herr Adam stimmte den Ausführungen von Herrn Stoffers zu und appellierte an Herrn Tjaden, die Thematik nicht durch politische Forderungen unnötig zu verschärfen.

Herr Harms fügte hinzu, der Antrag der BASU enthalte zudem Details, die, wie gerade von Herrn Stoffers beschrieben, zunächst einmal geklärt werden müssten. In der Form könne dem Antrag nicht zugestimmt werden.

Herr Tjaden hielt dem entgegen, er habe mit dem Antrag lediglich sicherstellen wollen, dass das Thema in den Rat transportiert werde. Nach den Ausführungen von Herrn Stoffers sei sein Antrag jedoch entbehrlich und er ziehe den Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zum Erhalt des Abenteuerspielplatzes damit zurück.

Die Abstimmung erfolgte zu folgenden Punkten:

- *Schließung des Abenteuerspielplatzes nach Ausscheiden des derzeit eingesetzten städtischen Personals*

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

- Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen:
„Der Abenteuerspielplatz wird auf Dauer weitergeführt.
- Die Verwaltung erarbeitet schnellstmöglich ein Konzept über die Weiterführung in externer Trägerschaft mit folgenden Vorgaben:
o die Öffnungszeiten bleiben im Wesentlichen unverändert erhalten,
o in den Ferien wird auch weiter ein Ferienprogramm angeboten,
o die pädagogische Arbeit wird Bestandteil des Angebotes bleiben,
- Das Konzept wird dem Rat der Stadt Wilhelmshaven spätestens am 16. Juni 2010 zur Beschlussfassung vorgelegt.
- Findet der Vorschlag der Verwaltung am 16. Juni keine Mehrheit im Rat der Stadt wird der Abenteuerspielplatz in Voslapp weiter mit zwei städtischen Mitarbeitern betrieben.“

Der Antrag wurde von Herrn Tjaden zurückgezogen.

- Vorschlag FWM: „Fortführung Abenteuerspielplatz Voslapp ohne städtisches Personal“

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Verwaltungsstelle Sengwarden: Keine Nachfolge des Leiters nach dessen Ausscheiden; Verwaltungsstelle Sengwarden an einem Wochentag öffnen

Frau Klee beantragte die Streichung des zweiten Satzteils „Verwaltungsstelle Sengwarden an einem Wochentag öffnen“. Damit werde dem Ortsrat die Möglichkeit eröffnet, mit der Verwaltung Verhandlungen über neue Öffnungszeiten zu führen.

Zwischen **Frau Klee** und den **Herren Biehl, Oberbürgermeister Menzel, Neumann, Dr. von Teichman** und **Adam** wurden daraufhin kurz die Abstimmungsmodalitäten diskutiert.

Herr Hoff ergänzte, die Verwaltungsstelle sei noch bis 30.06.2012 besetzt.

Die Abstimmung erfolgte zu folgenden Punkten:

- *Schließung der Verwaltungsstelle Sengwarden nach Ausscheiden des derzeit eingesetzten städtischen Personals*

Beschluss: - einstimmig abgelehnt -

- *Keine Nachfolge des Leiters nach dessen Ausscheiden; Verwaltungsstelle Sengwarden an einem Wochentag öffnen*

Es bestand außerdem Einigkeit darüber, dass **bis zum Ausscheiden des derzeitigen Leiters über eine Öffnung der Verwaltungsstelle an weiteren Tagen verhandelt** werden solle.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -

Aufgrund von Problemen mit der Mikrofonanlage wurde die **Sitzung** auf Antrag von Herrn Biehl **von 17.55 Uhr bis 18.10 Uhr unterbrochen**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Abstimmung über die weiteren Punkte des Haushaltssicherungskonzeptes.

⇒ **Herr Schmidt** erklärte, er lasse im Folgenden *immer erst über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen*.

2. Abbau von freiwilligen Leistungen/Ersatzvorschläge aus den Fachbereichen

Ziff. 2.1 Verzicht auf neuen externen Geschäftsführer

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.2 Kein Beitritt der Stadt zur JWP-Logistics-Zone

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 2.3 Deckelung städtischer Anteile „Jade Bay“

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 2.4 Aufgabe Standort in der Nordseepassage (inkl. Bürgerbüro)

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.5 Wohnortnahe Heimerziehung

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 2.6 Aufgabe des City-Ordnungsdienstes

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 2.7 Meldepflicht Soldaten durchsetzen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 2.8 Meldepflicht auswärtige Arbeitnehmer durchsetzen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 2.9 Reduzierung Sachkosten Leitstelle FRI-WHV

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt
bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Ziff. 2.10 Zuschussreduzierung Kunsthalle

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Die Abstimmung erfolgte zu folgenden Punkten:

- *Vorschlag der Verwaltung: Nur noch Bereitstellung des Gebäudes*

Beschluss: - bei 1 Ja-Stimme von Oberbürgermeister Menzel und
Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
mehrheitlich abgelehnt –

- *Vorschlag FWM: Kürzung um jährlich 10T€*

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.11 Personal- und Betriebskosten Botanischer Garten

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Die Abstimmung erfolgte zu folgenden Punkten:

- *Vorschlag der Verwaltung: Abbau Personal- und Betriebskosten*

Beschluss: - bei 1 Ja-Stimme von Oberbürgermeister Menzel
mehrheitlich abgelehnt –

- *Vorschlag FWM: keine Kürzung*

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.12 Zuschussreduzierung Stadttheater

Der Vorschlag wurde im Vorfeld von der Verwaltung zurückgezogen. Der Rat nahm Kenntnis.

Ziff. 2.13 Gastspiele Theater am Meer

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.14 Zuschussreduzierung Stadtbücherei

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Herr Schmidt ließ über die Kürzungen und die Mehreinnahmen getrennt abstimmen:

- *Kürzungen*

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

- *Mehreinnahmen*

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.15 Reduzierung Schulbudgets

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.16 Reduzierung Schulmaterialfonds

Herr Dr. von Teichman beantragte für die FDP-Fraktion die *Kürzung des Schulmaterialfonds' um 100.000 €*, da dieser nicht mehr benötigt werde.

Herr Prof. Reuter wendete ein, im FWM habe man sich darauf verständigt, nach Kürzung einen Restbetrag für Notfälle stehen zu lassen.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, dass der Bund Zuschüsse zu Schulbüchern gewähre und damit die Kommunen hier eigentlich nicht mehr in Pflicht seien.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wurde daraufhin bei Ja-Stimmen der FDP-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Vorschlag der Verwaltung wurde **mehrheitlich angenommen**.

Ziff. 2.17 Bereitstellung Turnhallen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.18 Zuschussreduzierung Sportförderung

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.19 VHS/MS gGmbH

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Herr Schmidt ließ über die Verwaltungsvorschläge einzeln abstimmen:

- *Zuschussreduzierung*

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

- *Zusammenarbeit VHS/andere Organisationen stärken*

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

- *Fortbildungs- und Schulungsmaßnahmen der Stadt soweit möglich durch VHS*

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

- *Abbau von Ermäßigungen*

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

3. Optimierung der Gesellschaften

Ziff. 3.1 SDW: Reduzierung Erstattungen der Fachbereiche an SDW

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 3.2 NN**Ziff. 3.3 SGW: Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung**

Herr Schmidt ließ über die Verwaltungsvorschläge einzeln abstimmen:

- *Bewirtschaftung Rüstringer Berg*

Oberbürgermeister Menzel machte auf die derzeit unbefriedigende Parksituation am Rüstringer Berg aufmerksam: Sowohl Stadt als auch Deichband erhielten immer wieder Beschwerden darüber, dass die dortigen Parkgelegenheiten von Wohnmobilen über zum Teil lange Zeiträume hinweg belegt seien. Jedoch sähen sich weder Stadt noch Deichband in der Lage, hier ohne offizielle Widmung zu einem gebührenpflichtigen Parkplatz Abhilfe schaffen zu können.

Aus den genannten Gründen bitte er, der Bewirtschaftung am Rüstringer Berg zuzustimmen.

Auf Bitten von **Herrn Neumann** erläuterte **Oberbürgermeister Menzel** erneut die Problematik.

Herr Neumann erklärte nach Bestätigung durch **Herrn Kottek**, dass das Abholen der Geldeinnahmen dort zwischenzeitlich gesichert sei, ohne dass zusätzliche zeitaufwendige Fahrten der zuständigen Mitarbeiter erforderlich seien.

Herr Dr. von Teichman wendete ein, die Kontrolle des Parkplatzes durch den Ordnungsdienst gestalte sich jedoch nach wie vor aufwendig, da dieser dann immer extra für die Kontrolle des Parkplatzes an den Stadtrand fahren müsste.

In einer früheren Berechnung sei zudem festgestellt worden, dass Einnahmen nicht bereits vom ersten Jahr an erwartet werden könnten, da zunächst durch zusätzliche Aufwendungen ein Defizit entstehe. Daher verstehe er nicht, warum im aktuellen Haushaltssicherungskonzept bereits vom ersten Jahr an ein Gewinn berechnet werde.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

- Bewirtschaftung Mellumstr./Metzer Weg

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

- Bewirtschaftung Weserstr. (Virchow-/Allerstr.)

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

- Bewirtschaftung Weserstr. (Virchowstr./Jadeallee)

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

- Bewirtschaftung Bereich Strandhalle

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 3.4 SGW: Aufgabe der Stadtgärtnerei

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 3.5 SGW: Abschaltung Straßenbeleuchtung 00.00 – 06.00 Uhr

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 3.6 SGW: Abschaltung Brunnen Grünanlagen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 3.7 SGW: Abschaltung Brunnen Bahnhof-/Rheinstr./Bismarckplatz

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 3.7a SGW: Veranlagung des Winterdienstes

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 3.7b SGW: Verzicht auf Auszubildende

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 3.7c SGW: Kostendeckende Gebühren Friedhof

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 3.8 GGs: Reduzierung lt. Schulentwicklungsplanung

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 3.9 GGs: Personalkosteneinsparungen/Freigabe von Flächen im Ratrium

Herr Schmidt ließ über die Verwaltungsvorschläge einzeln abstimmen:

- *Personalkosteneinsparungen*

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

- *Freigabe von Flächen im Ratrium*

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 3.10 GGs: Fortsetzung der Schulentwicklungsplanung

Die Abstimmung erfolgte zu folgenden Punkten:

- *Vorschlag Verwaltung: Fortsetzung der Schulentwicklungsplanung*

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

- *Vorschlag FWM: Vorschläge der Arbeitsgruppe bis Anfang 2012 abwarten, keine Schulschließung Sengwarden in 2010-03-25*

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 3.11 NN**Ziff. 3.12 Bündelung von Aufgaben in der AöR**

Die Abstimmung erfolgte zu folgenden Punkten:

- *Bündelung von Aufgaben in der AöR*

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Oberbürgermeister Menzel machte vor dem Hintergrund der soeben erfolgten Ablehnung auf die Bedeutung der Vertagung des Beschlusses über die Bildung der AöR aufmerksam. Erst damit werde gewährleistet, dass das Ergebnis des Unterausschusses abgewartet werden könne.

Herr Tjaden vertrat die Auffassung, dass die Abstimmung über die Bildung der AöR nicht hätte erfolgen müssen, da sich der Rat bereits über einen Aufschub verständigt habe.

Herr Neumann wendete ein, es sei kein Vertagungsbeschluss gefasst worden. Zum Zwecke der Optimierung der Beteiligungsstruktur sei der Unterausschuss gebildet worden.

Herr Ender stimmte Herrn Neumann zu: Die Bildung der AöR sei abgelehnt und stattdessen der Unterausschuss gebildet worden, der sich mit der Umstrukturierung der städtischen Beteiligungen befassen solle.

- *Vertagung des Beschlusses*

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 3.13 WEB: Erhöhung der Eigenkapitalzinsen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 3.14 NN

Ziff. 3.15 WTF-S Holding: Verkauf Anteile PIZ

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 3.16 WTF-S Holding: Verkauf Anteile JadeWeserAirport

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 3.17 WTF-S Holding: Verschmelzung SWW/SWV

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 3.18 WTF-S Holding: Verkauf Anteile Schlachthof GmbH

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 3.19 WTF-S Holding: Schließung Freibad Nord (ab 2012)

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 3.20 WTF-S Holding: Veräußerung Grundstück Luisenstr.

Herr Neumann bezog sich auf die Berichterstattung in der Wilhelmshavener Zeitung, worin es heiße, die SPD-Fraktion sei gegen einen Verkauf dieses Grundstückes. Dies sei jedoch nicht richtig; seine Fraktion befürworte prinzipiell einen Verkauf, nur solle aufgrund der besonderen Bedeutung der Fläche der mögliche Käufer sorgsam ausgewählt werden.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 3.21 WTF-S Holding: Veräußerung Grundstück Deichstr.

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

4. Einsparungen der Dezernate

Herr Schmidt ließ über die Vorschläge Ziff. 4.1 bis 4.10 gemeinsam abstimmen.

Es lagen keine weiteren Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

5. Steuererhöhungen

Über die genannten Steuererhebungen (Gewerbe-, Grundsteuer B, Vergnügungs- und Hundesteuer) wurde bereits zu Tagesordnungspunkt 7.6.2 „Steuersatzungen“ beraten.

7.6.3.4 Finanzhaushalt inkl. Änderungsliste (Seite 13)

Herr Neumann beantragte für die SPD-Fraktion, *zusätzlich 500.000 € für die Herrichtung von Straßen zur Verfügung zu stellen.*

Der Antrag wurde **mehrheitlich abgelehnt.**

Herr Tjaden erklärte, er werde den Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen:

- *Mit dem geplante Ausbau der Jade-Allee wird im Jahr 2010 nicht begonnen*
- *Für den Bereich Jade-Allee, Ems-Straße, Südstrandstraße, Anton Dorn Weg wird ein Verkehrskonzept erstellt, in welches zwingend die touristische Nutzung des Banter Sees im Bereich des Badestrandes einbezogen wird.*
- *Nach Vorlage des Konzeptes beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven einen Gesamtplan über Jade-Allee, zukünftige touristische Nutzung des Banter Sees im Bereich des Badestrandes und ein Verkehrskonzept für den Gesamtbereich.*
- *Alle von der Stadt Wilhelmshaven und der WTF schon geplanten Maßnahmen werden bis zur Beschlussfassung über das Gesamtkonzept nicht begonnen.*

aufgrund der Haushaltssituation **zurückziehen.** Vor diesem Hintergrund sehe er den Erfolg dieses Antrages nicht gegeben.

Herr Barkowsky beantragte, wie bereits im Bauausschuss geschehen, stattdessen für die SPD-Fraktion, die *Maßnahme „Jade-Allee“ von der Haushaltssperre auszunehmen.* Der Bau könne zu einem Großteil durch Fördermittel finanziert werden, so dass der Finanzierungsbedarf für die Stadt relativ gering bleibe.

Oberbürgermeister Menzel erläuterte, dass der Haushalt nach dem heutigen Ergebnis weiterhin mit einer Haushaltssperre belegt bleiben müsse. Das bedeute, dass keine Mittelfreigabe für kreditfinanzierte Vorhaben erfolgen könne, somit auch nicht für die „Jade-Allee“.

Herr Prof. Reuter wendete ein, dass zum einen die Verhängung einer Haushaltssperre Sache des Oberbürgermeisters sei und zum anderen die Genehmigung des Nachtragshaushaltes ohnehin zunächst abgewartet werden müsse.

Herr Tjaden verließ seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass der Antrag nach dem Bauausschuss scheinbar nicht weitergeleitet worden sei bzw. nicht zur Sitzung vorgelegen habe. Zudem halte er es für unumgänglich, sich vor Genehmigung weiterer Maßnahmen zunächst Klarheit darüber zu verschaffen, ob

der Bereich künftig mit eher touristischem oder gewerblichem Schwerpunkt weiter genutzt werden solle.

Herr Neumann signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zum Antrag von Herrn Barkowsky, auch wenn durchaus bekannt sei, dass die Umsetzung so nicht erfolgen könne. Dennoch dürfe man die sich bietende Möglichkeit der Förderung nicht ungenutzt lassen.

Herr Hoff machte darauf aufmerksam, dass ein Beschluss, wie von Herrn Barkowsky beantragt, rechtwidrig sei, da Aufstellung wie auch Aufhebung der Haushaltssperre in den Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters, nicht aber in die des Rates fiele. Zudem vermisse er in der heutigen Sitzung die Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Haushaltes. Komme es nicht zu einer Genehmigung der kreditfinanzierten Vorhaben, stelle eine Eigenfinanzierung den einzigen Weg zur Umsetzung dar. Auch hier habe er entsprechende Vorschläge vermisst.

In Richtung von Herrn Tjaden merkte Herr Hoff abschließend an, dass es immer möglich sei, zum Haushalt direkt in der Sitzung Änderungsanträge zu stellen.

Der Antrag der SPD-Fraktion, eingebracht durch Herrn Barkowsky, wurde in der folgenden Abstimmung **mehrheitlich angenommen**.

Abschließend erfolgte die Beschlussfassung über den Finanzhaushalt.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -

7.6.3.4.1 Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zum Thema "Jadeallee"

Beschluss: -zurückgezogen- (sh. oben)

7.6.3.5 3. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wilhelmshaven für die 14/2010 Haushaltsjahre 2009/2010 einschließlich Konkretisierung des Haushaltssicherungskonzeptes

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.02.2010 vor.

Auf Antrag von **Herrn Felbier** wurde die **Sitzung von 18.55 – 19.05 Uhr für eine fraktionsinterne Beratung unterbrochen**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung mahnte **Herr Prof. Reuter** für die kommenden Haushaltsberatungen die schriftliche Vorlage aller Anträge an. Anderenfalls werde es fast unmöglich, derartigen Sitzungen folgen zu können. Im Übrigen werde die CDU-Fraktion dem Nachtrag zustimmen, wenn auch nur, um die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes herbeizuführen und damit die Handlungsfähigkeit beizubehalten. Es dürfe nicht angehen, dass die Ausgaben immer weiter erhöht werden, ohne die Einnahmen zu verbessern. Mit dem Ergebnis der heutigen Sitzung sei das strukturelle Defizit weiter erhöht worden und das könne seine Fraktion eigentlich so nicht mittragen. Dennoch werde man aus den bereits genannten Gründen dem Haushalt zustimmen.

Die **Herren Dr. von Teichman, Neumann** und **Oberbürgermeister Menzel** erklärten gleichfalls übereinstimmend ihre Zustimmung bzw. die Zustimmung ihrer Fraktionen zum Haushalt, wenn auch mit den bereits von Herrn Prof. Reuter genannten Bedenken.

Herr Tjaden signalisierte, er werde den Haushalt ablehnen, da dieses Zahlenwerk seiner Meinung nach nicht geeignet sei, die Zustimmung der Kommunalaufsicht zu erzielen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die 3. Nachtragshaushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2009/2010 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen, einschließlich der beschlossenen Konkretisierungen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK).

Da der Haushalt strukturell bis 2013 nicht ausgeglichen werden kann, wird als Bestandteil des HSK beschlossen, durch weitere Einsparungen im Rahmen der Fortsetzung der Konsolidierung den Haushaltsausgleich spätestens in 2015 zu erzielen.

Der Abbau der bis dahin aufgelaufenen Defizite erfolgt schrittweise ab 2016 und soll in 2025 abgeschlossen sein.

8 Kleine Anfragen**8.1** Kleine Anfrage von Ratsherrn Janssen zur Anzahl der in Wilhelmshaven lebenden Roma, Sinti und Ashkali

Herr Janssen bat um Beantwortung seiner ersten Kleinen Anfrage:

„Wie viele der Kosovoflüchtlinge in WHV gehören zur Gruppe der Sinti und Roma, respektive Ashkali? Sind sie alle oder nur einige von Abschiebung bedroht? Wie viele sind von Abschiebung bedroht? Wie gedenkt die Verwaltung mit der Aufforderung, diese Menschen abzuschieben, umzugehen?“

Herr Dr. Graul antwortete dazu:

„Zahlen bezüglich der ethnischen Herkunft der Kosovoflüchtlinge ohne Aufenthaltsrecht wurden erstmals im Januar 2004 ermittelt. Damals lebten in Wilhelmshaven 134 Kosovoflüchtlinge, die folgenden Volksgruppen zuzurechnen waren:

Albaner	23
Ashkali	24
Muslime	1
Roma	86

Von diesen 134 Flüchtlingen haben inzwischen insgesamt 106 Personen ein Aufenthaltsrecht erlangt, so dass nunmehr nur noch 28 Ausländerinnen und Ausländer ausreisepflichtig und von einer Abschiebung bedroht sind, sofern sie nicht freiwillig ausreisen. Diese 28 Personen gehören folgenden Volksgruppen an:

Albaner	6
Ashkali	3
Roma	19

Da alle diese Flüchtlinge nicht bereit sind, freiwillig auszureisen, wurden bzw. werden sie beim Landeskriminalamt Hannover zur Abschiebung angemeldet. Die Abschiebungen müssen auch vollzogen werden, sobald die Republik Kosovo die erforderlichen Rückkehrdokumente ausgestellt hat und keine persönlichen (z. B. temporäre Reiseunfähigkeit wegen einer Erkrankung) oder rechtlichen (z.B. Verfahren bei der Härtefallkommission) Abschiebungshindernisse vorliegen.“

8.2 Kleine Anfrage von Ratsherrn Janssen zum Thema "Ausweich Räumlichkeiten während der Renovierung des Ratssaales"

Herr Janssen brachte eine weitere Kleine Anfrage wie folgt ein:

„Warum werden, seitdem der Ratssaal renoviert wird, Ausschüsse und Ratssitzungen im Gorch-Fock-Haus durchgeführt und nicht in städtischen Räumen, z.B. in den Nebenräumen der Stadthalle?

Wie viel Geld würde die Stadt sparen, wenn unsere Sitzungen nicht in privatwirtschaftlich genutzten Räumen, sondern in eigenen Räumen der Stadt durchgeführt würden?“

Oberbürgermeister Menzel antwortete dazu:

„Im Vorfeld der Ratssaalrenovierung wurde nach geeigneten städtischen Räumlichkeiten (z.B. in Schulen) für die Durchführung von Sitzungen gesucht. Dafür kam dafür lediglich eine geringe Zahl von städtischen Gebäuden in Betracht. Nachdem die Überprüfung ergeben hatte, dass bis auf die Stadthalle kein Raum den Erfordernissen entsprach, wurde die Suche auf andere Räumlichkeiten ausgedehnt. Das Gorch-Fock-Haus erschien aus verschiedenen Gründen, so die zentrale Lage, Größe des Saales, ausreichende Parkplätze und vorhandene Gastronomie optimal für die Sitzungen des FWM/VA und des Rates. Die Kosten (Saalmiete und Nebenkosten) für Stadthalle und Gorch-Fock-Haus sind annähernd gleich, aber die Stadthalle bietet keine kostenfreien Parkplätze in unmittelbarer Umgebung. Eine Anmietung des Parkhauses hätte zusätzliche Kosten verursacht. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, die Sitzungen des Rates, des FWM/VA sowie gemeinsame Sitzungen mehrerer Ausschüsse bis zum Abschluss der Renovierungsarbeiten im Gorch-Fock-Haus durchzuführen. Andere Sitzungen von Gremien, die turnusgemäß im Rathaus tagen, finden auch weiterhin im Rathaus oder im Technischen Rathaus statt. Über den vorübergehenden Wechsel des Sitzungsortes wurde der VA bereits im November informiert.“

8.3 Kleine Anfrage von Ratsherrn Janssen zum Thema "Kontrolle der Gehwegreinigung"

Herr Janssen fragte weiterhin:

„Wie viele Begehungen und Kontrollen wurden in WHV zur Überprüfung der Gehwegreinigungen in den letzten 8 Wochen vom Ordnungsamt durchgeführt? Wie viele Verwarnungen und Bußgeldbescheide hat die Stadt in diesem Zeitraum wegen Versäumnis der Gehwegreinigung ausgesprochen?“

Herr Dr. Graul antwortete:

„Der Außendienst des Fachbereichs Bürgerangelegenheiten/ Öffentliche Sicherheit und Ordnung hat in den letzten Wochen 491 Kontrollen einschl. Nachkontrollen zur Einhaltung der Vorschriften der Reinigungssatzung über den Winterdienst durchgeführt.

Im Zuge dieser Kontrollen sind Verantwortliche auf Ihre Pflichten und eventuelle rechtliche Folgen hingewiesen worden. In besonders schwerwiegenden Fällen wurden entsprechende Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz eingeleitet. Ein Bußgeldbescheid ist erlassen aber noch nicht rechtskräftig, 15 Anhörungsverfahren sind eingeleitet. Weitere Bußgeldverfahren sind in Vorbereitung. Es sind bezüglich der verantwortlichen Personen zum Teil sehr umfangreiche Ermittlungen notwendig.“

8.4 Kleine Anfrage von Ratsherrn Janssen zum Thema "Gewinnabführung von der Sparkasse an die Stadt"

Herr Janssen brachte eine letzte Kleine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung ein:

„Das niedersächsische Sparkassengesetz sieht gemäß § 24 die Abführung des ausgewiesenen Bilanzgewinns vor.

Ist es richtig, dass gemäß § 24, Abs. 2, dieses Gesetzes es nur deshalb zu keiner Gewinnabführung an die Stadt WHV kommt, weil die Sicherungsrücklage im Verhältnis zu den gewichteten Risikoaktiva zu gering ist?

Wenn ja, wie kann sich die Sparkasse WHV aufgrund der dann offensichtlichen Deckungslücke großzügige Sponsoringmaßnahmen leisten?

Wenn nein, wird die Stadtverwaltung dahingehend auf die Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse WHV einwirken, dass diese sich für die Abführung von minimal 20% bis maximal 100% des ausgewiesenen Bilanzgewinns einsetzen?“

Die Beantwortung erfolgte durch **Herrn Hoff**: - *Wortprotokoll* -

„Es ist nicht so, dass es eine Gewinnabführungspflicht der Sparkasse nach § 24 Abs. 2 gibt, sondern es besteht die Möglichkeit. Dazu müssen mehrere Voraussetzungen zutreffen, nicht nur die Frage des Verhältnisses der Sicherungsrücklage zu den Risikoaktiva, sondern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Sparkasse muss das auch hergeben. In der Vergangenheit haben wir uns immer alleine bemüht, seit einigen Monaten ist das immer wieder ein Thema bei den Kämmerertagungen im Land Niedersachsen. Wir werden das Thema auch im Verwaltungsrat erörtern und sofern wir dort zu positiven Ergebnissen kommen, wird die Angelegenheit im Rat ebenfalls entsprechend angesprochen.“

8.5 Kleine Anfrage der CDU-Fraktion zur Diskussion um die Privatisierung des Reinhard-Nieter-Krankenhauses

Herr Felbier trug für die CDU folgende Kleine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

„Am 06.02.2010 stand im Zusammenhang mit einer Veranstaltung zum Reinhard-Nieter-Krankenhaus (RNK) folgende Aussage von Herrn Oberbürgermeister Menzel in der Wilhelmshavener Zeitung zu lesen: „Zudem ruft eine Diskussion um eine Privatisierung Anbieter auf den Plan, die mich seit Wochen mit Kauf- und Verhandlungsangeboten eindecken“. Hierzu habe ich folgende Fragen:

- 1.) Welche Kaufinteressenten haben sich bei der Stadt Wilhelmshaven oder einer der Gesellschaften zum Kauf des RNK gemeldet?
- 2.) Wann gab es diese Anfragen und wer hat die Anfragen gestellt?
- 3.) Welche Kaufsummen standen im Raum?
- 4.) Wann wurden mit welchen Interessenten Verhandlungsgespräche geführt, welche Ergebnisse gab es, wer hat von Seiten der Stadt / des RNKs die Gespräche geführt bzw. warum wurden keine oder nicht mit allen Interessenten Gespräche geführt?
- 5.) Wurde der Aufsichtsrat des RNK und/oder der Krankenhausausschuss über die Anfragen in Kenntnis gesetzt,
 - a) wenn ja, wann und
 - b) wenn nein, warum nicht?“

Die Antwort von **Oberbürgermeister Menzel** ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

8.6 Kleine Anfrage der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zum Thema "Banter See"

Herr Tholen bat für die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen um Auskunft zu folgender Kleinen Anfrage:

Die Beurteilung, ob der „Banter See“ als Freizeit- und Badegewässer geeignet ist und welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um dieses zu erreichen. Man hört so vieles aus der Bevölkerung und weiß nicht, wie es zu bewerten ist. Wir brauchen ein stadtnahes Erholungs- und Freizeitgelände und müssen wissen, was es uns wert ist.

Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer und wo wird was in den „Banter See“ eingeleitet? (genehmigte Einleitungen)
2. Wo und wie kann hier nachgerüstet werden?
3. Gibt es Schadstoffeinträge, wo nicht erkennbar ist, woher diese kommen?
4. Hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen, die Erkenntnisse darüber zu erhalten, wie diese Schadstoff-Einträge verhindert werden können?
5. Wenn ja: Wie sind diese Erkenntnisse?

Herr Dr. Graul antwortete:

„1. Wer und wo wird in den Banter See“ eingeleitet? (genehmigte Einleitungen)

Bei allen bekannten Einleitungen in den Banter See handelt es sich um Einleitungen von Oberflächenwasser (Niederschlagswasser) von angrenzenden Flächen oder um Grundwassereinleitungen (Dränagen).

Die Einleitung von Grund- und Oberflächenwasser fällt unter den wasserrechtlichen Gemeingebrauch (§ 73 des Niedersächsischen Wassergesetzes – NWG) und bedarf insofern keiner Zulassung - solange das Niederschlagswasser keine Stoffe enthält, die geeignet sind, dauernd oder in einem nicht unerheblichen Ausmaß schädliche Veränderungen der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Wassers herbeizuführen.

Insgesamt sind der Unteren Wasserbehörde rd. 50 solcher Einleitungen bekannt. Bei vier Oberflächenwassereinleitungen von gewerblichen Betriebsflächen wurden wasserrechtliche Einleitungserlaubnisse erteilt, da durch die gewerbliche Nutzung mit Verunreinigungen zu rechnen ist. Die Einleitungen sind entsprechend der Flächennutzung mit Abwasservorbehandlungsanlagen (z.B. Ölabscheider) ausgerüstet.

Die gemäß Abwasserverordnung festgesetzten Grenzwerte werden gemäß Auflage durch ein zertifiziertes Labor überwacht.

Die übrigen Einleitungen wurden erstmals in den 1990er Jahren beprobt. Die Ergebnisse lagen im Rahmen normaler Oberflächenwassereinleitungen, so dass eine Erlaubnispflicht nicht hergeleitet werden konnte.

2. Wo und wie kann hier nachgerüstet werden?

Betrachtet man die beschriebenen Einleitungen und den gesetzlichen Rahmen, so ergibt sich heraus allein kein Nachrüstungsbedarf.

Vor dem Hintergrund der besonderen Situation des Banter Sees (Blaualgenproblematik) wird allerdings versucht, über die gesetzlichen Anforderungen hinaus insbesondere den Eintrag von Phosphaten in den Banter See weiter zu reduzieren.

Ein weiterer Anschluss des Oberflächenwassers an die vorhandene Schmutz-/ Mischwasserkanalisation ist allerdings nicht möglich, da dieses hydraulisch ausgelastet ist. Die Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe prüfen z.Z., inwieweit die Einleitungen der öffentlichen Regenwasserkanalisation mit Abwasservorbehandlungsanlagen ausgerüstet oder anderweitig (z.B. in den Kanalhafen) abgeleitet werden können.

Der III. Oldenburgische Deichband beabsichtigt im Laufe dieses Jahres, für den Rhynschloot eine Ablaufleitung durch den Banter Seedeich in den Jadebusen herzustellen. Die deich- und wasserrechtlichen Genehmigungen wurden erteilt. Aus Gründen der Deichsicherheit muss ein Notüberlauf in den Banter See jedoch erhalten bleiben.

Prof. Liebezeit ist aktuell mit einer erneuten Beprobung der Phosphatkonzentrationen der Einleitungen beauftragt. Die Ergebnisse liegen noch nicht vor, da die hierfür erforderlichen Niederschläge nicht immer gegeben sind.

3. Gibt es Schadstoffeinleitungen, wo nicht erkennbar ist, woher diese kommen?

Über die zu Frage 1. genannten Einleitungen hinaus sind keine weiteren, möglicherweise belasteten Einleitungen bekannt. Durch zufließendes Grundwasser können jedoch grundsätzlich Schadstoffe aus diffusen Quellen in den Banter See gelangen.

Im Umkreis des Banter Sees existieren darüber hinaus diverse Altlasten aus dem Betrieb des ehemaligen Marinehafens und als Folge kriegsbedingter Zerstörungen. Wegen der günstigen geologischen Voraussetzungen (verbreitet dichte Bodenschichten) wirken sich diese Altlasten in der Regel nur sehr begrenzt aus.

Im Rahmen von Baumaßnahmen erfolgt jeweils eine Sanierung bzw. Sicherung der Altlasten (z.B. Columbia Hotel, Bebauung auf dem sog. „Kartoffelgrundstück“). Ansonsten wird von Fall zu Fall eine Gefährdungsabschätzung und gegebenenfalls eine Sanierungsuntersuchung durchgeführt. Soweit eine Gefährdung für den Banter See besteht oder nicht auszuschließen ist, werden Sanierungs- oder Sicherungsmaßnahmen ergriffen, wie es im Bereich der Altlast am Opa-Wenzel-Weg geschehen ist.

Ein Phosphateintrag aus dem Grundwasser kann nicht ausgeschlossen werden. Der Banter See schneidet in marine Sedimente ein. Bei aktuellen Grundwasserentnahmen in vergleichbaren Gebieten (Rüstersieler Groden, Voslapper Groden) wurden Phosphatgehalte festgestellt, die mit durchschnittlich 10 mg/l Gesamtposphor deutlich über den bisher festgestellten Werten der Oberflächenwasserseinleitungen liegen. Gegenmaßnahmen sind hier allerdings nicht möglich.

Der Banter See ist oberflächlich munitionsgeräumt. Sedimentuntersuchungen im Rahmen der Untersuchungen zur Seesanieung hinsichtlich der Blaualgenproblematik haben bisher keine Erkenntnisse zu möglichen schädlichen Auswirkungen gebracht.

4. Hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen, die Erkenntnisse darüber zu erhalten, wie diese Schadstoff-Einleitungen verhindert werden können?

Antwort: sh. Antwort zu Frage 3.

5. Wenn ja: Wie sind diese Erkenntnisse?

Antwort: sh. Antwort zu Frage 3.“

9 Unterausschuss "Umstrukturierung/Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt"

9.1 Bericht des Unterausschusses

Herr Neumann berichtete, die beabsichtigte Anhörung der Geschäftsführer bzw. Werkleiter werde in der kommenden Sitzung erfolgen. In der letzten Sitzung habe der Kämmerer dem Unterausschuss Vorschläge für mögliche Zusammenlegungen unterbreitet.

9.2 Beschlussfassung über Ergebnisse und Anträge des Unterausschusses

Es lagen keine Beschlussvorschläge vor.

B Einwohnerfragestunde

Vor Eintritt in die Einwohnerfragestunde resümierte der Ratsvorsitzende **Herr Schmidt**, dass Sitzungen mit einem solchen Umfang wie dem des heutigen Rates nicht mehr tragbar seien. Derartig lange Sitzungen gingen nur zu Lasten einer konzentrierten und effektiven Ratsarbeit. Aus diesem Grunde bitte er gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, dies zu reglementieren und zu straffen, gegebenenfalls durch Anpassung der Geschäftsordnung.

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde (§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Es lagen keine Fragen vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung (§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Klaus Bielefeld, Betriebsratsvorsitzender des Reinhard-Nieter-Krankenhauses, bat die Parteien im Zusammenhang mit der Diskussion um den Verkauf des Reinhard-Nieter-Krankenhauses um Aussagen darüber, wie langfristig deren ablehnende Haltung gegenüber einem Verkauf einzuschätzen sei.

Frau Biester erklärte, ihr sei die derzeitige Aufregung unverständlich. In einer Veranstaltung der Frauen-Union wolle man sich lediglich über das Für und Wider einer Privatisierung informieren lassen. Um mehr gehe es dabei nicht.

Herr Felbier, Herr Tjaden, Herr Biehl, Herr Neumann und Herr Prof. Reuter stimmten darin überein, dass bei deren Fraktionen ein Verkauf des RNK weder zur Debatte stehe noch gewollt sei.

Herr Prof. Reuter ergänzte, die CDU-Fraktion habe bezüglich der Frage der Privatisierung bereits in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass dann jedoch alles, was die Grundversorgung umfasse, bei der Stadt bleiben müsse. Zudem müsse ein Austausch über das generelle Thema „Privatisierung von Krankenhäusern“ erlaubt sein.

Herr Dr. von Teichman zeigte abschließend anhand einiger Beispiele die Vorteile privater Bewirtschaftung auf. Die Frage von Privatisierungen müsse in den Kommunen sorgsam abgewägt und nicht generell abgelehnt werden.